

# Neuer Vorwärts

## Sozialdemokratisches Wochenblatt

Nr. 216 SONNTAG, 1. August 1937

Aus dem Inhalt:

Die Hitlerkanonen  
Ein braunes Lakeienmärchen  
Der Retter ohne Kredit  
Die Kunst-Kaserne

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

### Deutsche Eisennot — weggetreten!

Erzdiktator Göring

Der General Göring, Diktator des Vierjahresplanes, hat sich kühn entschlossen, der deutschen Rohstoffnot »Weggetreten« zu befehlen. Die Rohstoffwirtschaft im allgemeinen und die Bewältigung der Eisennot im besonderen sollen auf eine neue Grundlage gestellt werden. Es ist in der Tat der Eisenmangel, der dem Regime mit Recht die schwerste Sorge bereitet. Ohne diesen Grundstoff der modernen Industrie würde das Ende der »Staatskonjunktur« nahe herbeigekommen sein. Mit der Verwirklichung von Görings Plan wird aber, meint der »Völkische Beobachter«, die deutsche Volkswirtschaft das Eisen haben, das sie braucht. »Wir werden so viel Eisen aus dem Boden gewinnen, daß das Ausland uns nicht mehr diktieren kann. Durch die Neugründung wird der Maschinen- und Apparatebau und die Autoerzeugung, welche bisher durch Eisenmangel gebremst waren, einen neuen Aufschwung nehmen.« Kraft welchen Wunders soll der deutsche Eisenhunger gestillt werden? Göring hat es vor Vertretern der eisenschaffenden und -verbrauchenden Industrie, des Eisenhandels und der Bauwirtschaft verkündet. Es ist eine Gesellschaft mit dem Namen Reichswerke Aktiengesellschaft für Erzbau und Eisenhütten »Hermann Göring« gegründet worden. Ihre erste Aufgabe soll die Errichtung von Werken im Bereich der Erzvorkommen im Salzgittergebiet, in Baden und in Franken sein. Außerdem hat Göring eine Anordnung erlassen, wonach Bergbauberechtigte zum Zwecke des Aufschlusses und Abbaues von Mineralien zusammengeschlossen werden können.

Vom Reuterbüro wird mitgeteilt, die Errichtung der neuen Gesellschaft werde als faktische Nationalisierung der Eisenproduktion in Deutschland angesehen. Der Schein trügt. Allerdings scheint das Argument, mit dem der »Völkische Beobachter« der englischen Auffassung recht zu geben. Der Staat, heißt es dort, greife selber in die Eisenproduktion ein, weil die Privatindustrie die Erze im deutschen Boden habe liegen lassen, obwohl jeder wußte, daß das Eisen knapp war. Daß die Schwerindustrie darauf verzichtet hat, zur Bewältigung der Eisennot Gemeinnutz vor Eigennutz gehen zu lassen, hat seine guten liberalistischen Gründe. In einem dem Enqueteausschuß des Reichstages 1926 eingereichten Gutachten der Sachverständigen Dr. Buchmann, Geh. Rat Prof. Dr. Mathesius, Dr. Petersen und Dr. Reichert zur deutschen Eisenerzversorgung heißt es:

»Der gewinnbare Eisenerzvorrat Deutschlands in den heutigen Reichsgrenzen hat sich im Jahre 1917 nach der Schätzung der führenden Geologen Beysschlag und Krusch nur auf rund 530 Millionen Tonnen belaufen. Das ist noch nicht der dritte Teil des damals auf 1777 Millionen Tonnen geschätzten Erzvorrates des verlorenen lothringisch-luxemburgischen Minettegebets.«

Allein die Erzvorkommen des abgetrennten Reichsgebietes waren also 3½mal so groß als die des jetzigen ganzen Reichsgebietes. Trotzdem wurde der deutsche Eisenerzbedarf 1913 nur zu 60 Prozent aus dem heimischen Boden gedeckt. Der Anteil der inländischen Erzförderung war 1927, auf den Eisengehalt berechnet, auf 11,8 Prozent gesunken, heute ist er kaum höher als 18 Prozent. Weshalb läßt die deutsche Schwerindustrie das Eisen, das Gott im deutschen Boden wachsen ließ, in so hohem Maße ungenützt, und zwar ganz besonders in den Gebieten, die Göring als Nothelfer des deutschen Eisenmangels ins Auge faßt? Darüber unterrichtet uns ein Gutachten des Sachverständigen Wenzel, gleichfalls vom Jahre 1926, worin es

## Hitler-Kanonen gegen Gibraltar

Die Krise der Nichtinterventionspolitik nähert sich ihrem Höhepunkt. Es geht nicht um den Sieg oder die Niederlage Francos, es geht nicht um die Gestaltung der spanischen Innenpolitik, sondern es handelt sich um die harte und unerbittliche Machtaussetzung zwischen dem italienischen und deutschen Angriff und der englisch-französischen Verteidigung. Mit »fast allen Mitteln«, um ein Wort Edens zu gebrauchen, wollen England und Frankreich den Frieden und damit ihren Besitzstand und ihre nationale Unabhängigkeit sichern. Indem sie es gegen die Diktaturen tun, werden sie zugleich Schützer der europäischen Freiheit und der menschlichen Kulturentwicklung, aber nicht wegen abstrakter Freiheitsziele, sondern weil ihre Existenz in Gefahr geraten ist.

In der bedeutsamen Debatte des englischen Unterhauses über die auswärtige Politik, die am 20. Juli stattfand, hat der Außenminister mit größerer Deutlichkeit als zuvor die Grenzen bezeichnet, über die hinaus England ein Vordringen Italiens und Deutschlands nicht gestatten könne. Nochmals hat er das Mittelmeer den wichtigsten Lebensweg des britischen Weltreichs genannt und damit klargemacht, daß England die Beherrschung der Ein- und Ausgänge dieses Seewegs durch andere Großmächte nicht zulassen werde. Deshalb sei Englands Interesse an der Unversehrtheit des spanischen äußerst real. An den Land- und Seegrenzen Spaniens, an den Handelsstraßen, die an Spanien vorbeiführen, überall da werden wichtige britische Interessen berührt und England sei entschlossen, diese zu verteidigen. Und was für den westlichen, das gelte für den östlichen Teil des Verbindungsweges des Zentrums mit dem Empire. Englands Interesse sei es stets gewesen und bleibe es, daß sich keine Großmacht an der Ostküste des Roten Meeres festsetzen dürfe.

Aber nicht minder wichtig als die Regierungserklärung waren Enthüllungen, die die Debatte brachte. Dalton, der Außenminister der Arbeiterpartei, der

heißt, es müsse festgestellt werden, »daß die als Hoffnung und Zukunft einer größeren inländischen Eisenerzversorgung in Frage kommenden großen Lagerstätten im Vorland des Harzes, in der Oberpfalz, im bayrischen und württembergischen Jura Erze enthalten, die jedenfalls im Rohzustande, technisch minderwertig und wirtschaftlich konkurrenzunfähig sind«. Die schwedischen Erze enthalten 60 bis 70 Prozent Eisen, die von Salzgitter (Harz) etwa 30 Prozent. Um sie trotzdem verwendbar zu machen, müssen kostspielige Aufbereitungsverfahren angewendet, d. h. die Erze von ungeeigneten Bestandteilen gereinigt werden. Abgesehen davon, daß kapitalverzehrende Investitionen erst gemacht werden müßten, die in ausländischen Erzrevieren bereits gemacht worden sind. Selbst angenommen, daß das bisher Unmögliche möglich werden, die deutschen Erzvorräte zur Deckung des deutschen Eisenbedarfs an sich ausreichen sollten, so würde die deutsche Eisenindustrie, allein oder vornehmlich auf die heimische Erzbasis gestellt, auf dem Weltmarkt ausgeschaltet werden. Die deutsche Erzförderung ist niemals rentabel gewesen und nicht erst im Dritten Reich wesentlich mit Hilfe von Staatszuschüssen aufrechterhalten worden. Zwar nicht für General Göring, dessen höchstes Ziel die Wehrfreiheit ist, aber für Krupp und Thyssen ist der Gesichtspunkt der

einflußreiche Konservative Winston Churchill und schließlich Lloyd George brachten mit steigendem Nachdruck die freilich nicht ganz neue, aber bisher von der englischen Öffentlichkeit wenig beachtete Tatsache zur Sprache, daß Gibraltar jetzt unter dem Feuer gewaltiger Küstenbatterien liege, die sowohl die Festung auf schwerste bedrohen, wie die Meerenge beherrschten. Die Aufstellung dieser Batterien, sagte Churchill, sei sicherlich nicht durch den Bürgerkrieg veranlaßt worden, der in diesen Gebieten keine Rolle spiele, es handele sich um 30,5-cm-Haubitzen, die es bisher in Spanien nicht gegeben habe; sie wären imstande, die Befestigungen und Docks von Gibraltar zu zerstören und die Bucht für England unhaltbar zu machen. Churchill verlangte zu wissen, ob die Geschütze deutscher oder italienischer Herkunft seien, und welche Informationen die Regierung besäße. Aber der Regierungsvertreter, Lord Cranborne, verweigerte jede nähere Auskunft und begnügte sich mit der Versicherung, die Geschütze Gibraltors wären den spanischen überlegen und es bestände gegenwärtig keine Gefahr für die Festung. Das Haus war nicht beruhigt, und die Besorgnis in der englischen Öffentlichkeit steigert sich von Tag zu Tag, um so mehr, da eine Reuterdepesche aus Gibraltar vom 23. Juli neue Einzelheiten bringt, nicht nur über die Aufstellung der Batterien, die gegen die Meerenge und gegen Malaga gerichtet sind, sondern auch über die Anlage von zementierten Befestigungen und Stützpunkten für Flugabwehrkanonen.

Neben dieser Einkreisung Gibraltors und den Versuchen, den Durchgang durch die Meerenge durch Kanonenfeuer zu sperren, macht die Befestigung der Balearen offenbar rasche Fortschritte. Nach zuverlässigen Informationen der englischen Presse haben 600 italienische Offiziere und Soldaten, hauptsächlich Angehörige der Flugwaffe, die vollständige militärische Kontrolle von Mallorca übernommen und bilden eine spanische Armee

von 20.000 Mann aus. In Mallorca und Ibiza sind Küstenbatterien und Flugabwehrgeschütze installiert. Noch in letzter Zeit wurden Flugzeuge, Abwehrgeschütze und Bomben in Palma ausgeladen. Aber auch damit nicht genug. Es ist kein Zweifel, daß sich deutsche und italienische Militärs und Kriegsgewinnler auch auf den Kanarischen Inseln eingenistet haben. Von da aus wären italienische und deutsche Kräfte imstande, den britischen Seeweg nach Osten durch den Atlantischen Ozean zum Kap zu bedrohen, während der Weg durch die Meerenge von Gibraltar durch die Geschütze an der spanischen und nordafrikanischen Küste gesperrt und die Verbindungswege Frankreichs mit seinen nordafrikanischen Besitzungen von den Balearen aus unterbunden werden könnten.

So stehen die Dinge jetzt schon und die Machtumwälzung wäre mit dem Siege Francos vollendet. Denn der Sieger wäre auf die Hilfe der deutschen und italienischen Militärs auch später angewiesen und bliebe jedenfalls in der entscheidenden Zeit völlig in ihrer Abhängigkeit. Es ist nicht zu viel gesagt, daß mit dem Siege Francos in der Machtaussetzung zwischen Italien und Deutschland mit den Westmächten der erste schwere und sehr bedeutungsvolle Kriegsabschnitt für die Diktaturen fast unblutig gewonnen wäre. Ein erheblicher Teil dieses Weges ist mit dem Inkrafttreten der Balearen, der Kanarischen Inseln und der nordafrikanischen Küste bereits zurückgelegt.

Die gegenwärtige Krise der Nichtinterventionspolitik besteht nun in dem Zwang für England und Frankreich, einen letzten Versuch zu unternehmen, diese ihre Existenz bedrohende Entwicklung wieder rückgängig zu machen, nachdem sie es haben so weit kommen lassen. Der Kern des letzten englischen Kompromißvorschlages ist und bleibt die Zurückziehung der »Freiwilligen«, das heißt der deutschen und italienischen Militärs und Techniker und die Aufgabe der von ihnen geschaffenen strategi-

Eisenmangels das Ende der Aufrüstungskonjunktur bedeuten und zugleich, daß die auf so zweifelhafter Erzbasis ruhenden neuen Eisenhütten als noch katastrophalere Fehlanlagen sich erweisen könnten als die Umstellung auf das heimische Erz selbst. Görings Plan soll ihnen die Sorge um die Erhaltung der Aufrüstungskonjunktur, aber gleichzeitig auch die Aufbringung ihrer Kosten abnehmen. Es handelt sich also auch hier weniger um die Nationalisierung der Eisenproduktion als um die Erhaltung der privaten Rentabilität auf Reichskosten. Abgesehen davon, daß die neue Gesellschaft nicht ohne Absicht als Aktiengesellschaft aufgezogen sein dürfte. Wenn erst das Reich die notwendigen Investitionen bezahlt hat, kann die Reichsbeteiligung an Görings Freunde von der Schwerindustrie verramscht werden. Man weiß, daß das Dritte Reich in dieser Hinsicht nicht gerade überbedenklich ist.

Bei alledem ist es mehr als zweifelhaft, ob Görings Erzfreiheit nicht ebenso ein Wunschtraum bleibt wie Darrés Nährfreiheit. Gar nicht zweifelhaft ist aber, daß Görings Plan einer Kriegserklärung gleichkommt, denn er zeigt deutlich, daß das Dritte Reich sich lieber wirtschaftlich von der übrigen Welt löst, als daß es auf seine waffenstarrende Kriegsdrohung verzichtet.

# Der „Retter“ ohne Kredit

## Die Inflationsopfer gegen Hitler

schon Positionen. Alles andere — die Ersetzung der Flotten durch eine Hafenkontrolle, die Wiederherstellung der Ueberwachung der portugiesischen und französischen Landgrenze, selbst die Anerkennung der beiden spanischen Parteien als Kriegsführende unter gewissen Bedingungen — ist neben dieser Hauptfrage nur Beiwerk, bestimmt, den beiden Diktaturen selbst auf Kosten der Madrider Regierung die Annahme des »Kompromisses«, das heißt aber in Wirklichkeit den Rückzug, zu erleichtern.

Zur Zeit, in der wir schreiben, erscheint der englisch-französische Versuch gescheitert. Italien und Deutschland wollen aus dem »Kompromiss«, das jetzt ihre wirkliche Nichtintervention, ihre Zurückziehung aus Spanien, bewirken soll, umgekehrt eine neue Stärkung Francos machen. Deshalb fordert Italien, unterstützt von Deutschland — zuerst die Anerkennung Francos als kriegsführende Macht durch England und Frankreich, die ihm die Möglichkeit gäbe, die spanischen Küsten zu blockieren, und der Regierung von Valencia jede Zufuhr von außen abzuschneiden. Deshalb fordern die Diktaturnächte, daß Frankreich und England zuerst die bisher von ihnen ausgeübte Flottenkontrolle aufgeben sollen, während die internationale Kontrolle der Pyrenäengrenze wieder hergestellt werden soll. Erst wenn Franco als Kriegsführender anerkannt sei, könne man mit ihm über die Frage der Zurückziehung der »Freiwilligen«, das heißt seiner italienischen und deutschen Herren — zu verhandeln anfangen. Was dann daraus würde, das stünde bei Franco! Hitler und Mussolini könnten dazu nichts tun, das wäre ja — Intervention!

Um diese Frage der Reihenfolge des Inkrafttretens der verschiedenen im englischen Vorschlag enthaltenen Bestimmungen, den aber die britische Regierung stets als eine unteilbare Einheit betrachtet hat, ist der erste bis jetzt ungelöste Konflikt im Londoner Interventionskomitee ausgebrochen. Aber hinter dieser Frage des Vorgehens bei der Beratung und der Verwirklichung der vorgeschlagenen Bestimmungen verbirgt sich in Wahrheit der große Gegensatz um die Befreiung Spaniens von den italienischen und deutschen Eroberern, der die Frage der Bedrohung Frankreichs und Englands in sich schließt. Dahinter steht aber die Entscheidung über Krieg und Frieden. Denn die Dinge sind bereits zu weit gediehen, als daß die Konstatierung des Zusammenbruchs der Nichtintervention an dem Grundproblem etwas änderte. Deutschland und Italien, die die wirkliche Nichtintervention zum Scheitern bringen, täten das, um die Unterstützung Francos mit allen Mitteln und mit größter Beschleunigung zu verstärken; England und Frankreich müßten entweder die Eroberung Spaniens durch die ihnen feindlichen Mächte erdulden und sich damit ihnen auf Gnade und Ungnade überliefern, oder sie durch die Unterstützung der Valencia-Regierung bekämpfen. Aus dem begrenzten Krieg der »Freiwilligen« würde der Krieg von immer wachsenden Armeen. Könnte jemand an die Begrenzung eines solchen Krieges glauben?

Dr. Richard Kern.

## Göbbels auf der Weltkirchenkonferenz

Der Jesuitenkollektur zeugt für sie Die Weltkirchenkonferenz in Oxford, eine alte traditionelle Organisationsangelegenheit des Protestantismus mit einem Maximum von ideologischem Einfluß auf die gläubige Christenheit in den angelsächsischen und skandinavischen Ländern hat die kämpfenden Lutheraner in Deutschland gegen die Totalitätsansprüche des vollkommenen Gewalt- und Willkürstaates in einer feierlichen Erklärung in Schutz genommen. Es braucht nicht erst gesagt zu werden, daß ein Staat, der seine Bengeln aus der Hitlerjugend in den Bücherschränken ihrer Eltern nach etwaiger »staatsfeindlicher Literatur« schnüffeln läßt und nichts dagegen hat, daß Jungens ihre eignen Väter durch Denunziation ins Konzentrationslager bringen lassen, sich zu Glauben und Sitte einer jeden christlichen Religion verhält, wie der Mörder zur Bergpredigt. Das ist eine lapidare Selbstverständlichkeit und darum unternahm eigentlich die Oxford-Konferenz gar nichts Unerhörtes und Neues.

Aber dem Dritten Reich haben doch die Ohren schon vorher davon geklungen und so verweigerte man zwar einem Niemöller den Paß nach England, und schickte als »Vertreter der deutschen Freikirchen« einen in Deutschland selbst weit und breit unbekanntem Methodisten-Bischof Dr. Meile über den

Adolf Hitler hätte seinen »Aufbruch der Nation« nicht in Szene setzen können, wenn die Retterpsychose, die in Krieg und Nachkriegszeit unkritische, freilich auch unglückliche Menschen in Deutschland genug in ihren Bann zog, nicht auf ihn als den — vorläufig — letzten Repräsentanten des Kurpfuscherkomplexes in der Politik sich übertragen hätte. Zu den schlimmsten Wundergläubigen dieser Art gehören immer weite Schichten der sogenannten »Inflationsschädigten« — der früheren Staats- und Gemeindegläubiger vor allem aus dem kleinen Mittelstand, die durch die Geldentwertung als Folge eines verlorenen Krieges um ihre Ersparnisse in der Vorkriegszeit gebracht worden waren. Hitler als Parteigründer hat alles nur Mögliche getan, um über ihren Glauben an das Wunder, das er zu verrichten versprach, »an die Macht« zu gelangen. Seine ersten und seine getreuesten Anhänger waren die Möchte-gern-Staatsrentner in München und später darüber hinaus im Reich. Hitlers Radauantisemitismus knüpfte auch ursprünglich durchaus nicht am pseudo-gelehrten Rassendogma an, sondern an den sehr viel massiveren Wunschträumen, die er »gegen die Börsenfürsten« und ihre angeblichen Handlanger, die regierenden »Marxisten« im Hinblick auf die restlose Wiedergutmachung des »Inflationsschädigten« zu erragen verstand. Es ist nicht von ungefähr, daß er einen seiner Hauptkonkurrenten auf diesem Felde skrupelloser Demagogie, den »Tausendmarkschein-Winter« vor einem Jahr durch seine Gestapo in der Gefängniszelle »liquidiert« ließ; dieser Winter war ja ein Schatten eigener Vergangenheit!

Seine Regime rühmt sich jetzt, den sozialen Kampf, den echten und gerechten ebenso wie den verzerrten und kurzsichtigen, durch seine »Volksgemeinschaft« endgültig abgeschafft zu haben. In Wirklichkeit rumort es unter der Grabsteinplatte der Diktatur und des amtlichen Terrors gar nicht anders und fast mit denselben Geräuschen wie früher! Daß es einen unterirdischen Kleinrentneraufstand gegen die Hitlererei, die gerade deren unbegrenzten Wunderglauben

Kanal. Der Methodist machte es wirklich dort »methodisch« nämlich so, wie es ihm das spesenvergütende Reichspropagandaministerium aufgegeben hatte. Nach der Darstellung dieses methodischen Methodisten nämlich hat Hitler nun einmal die deutsche Christenheit vom Bolschewismus gerettet. Das ist eben die schon ganz und gar abgegriffene und verstaubte Methode, das Huhn Europa so zu hypnotisieren, daß es auf dem Kreidestrich liegen bleibt, während der Hypnotiseur ihm eine Schwanzfeder nach der anderen ausrupft.

Die bössere Methode aber verfolgte er im Verlauf dieser seiner gut honorierten antibolschewistischen »Verwahrung«. Weil nämlich die Botschaft der Oxford-Konferenz auch die katholische Kirche in den Schutz des christlichen Gedankens gegen den totalen Staat ausdrücklich mit einschließt, sprach der Herr »Bischof« von »einer Tatsache, die uns etwas befremdet hat«. O Seligkeit des Gustav-Adolf-Komplexes! O heilige Einfalt des Evangelischen Bundes aus glorioser Zeit! Vor lauter Antipapismus und Jesuitenkollektur geraten alle ins Keifen, selbst wenn sie das Vaterunser beten! Diese boursifizierte Form des Christentums in Deutschland hat früher wenig Eindruck in England oder in Schweden zu erzielen vermocht: in diesem posthumer Falle war sie eine Entlarvung, die noch über den »Reib« und was mit ihm zusammenhängt, weit hinaus geht. Man darf getrost annehmen, daß ein Mann wie der Erzbischof von Canterbury sie »voll und ganz« (so heißt das wohl im Dritten Reich) zu würdigen wissen wird. So kommt's eben, wenn Ribbentrop auf Paris und Göbbels auf anglikanische Prälaten losgelassen wird! H. E.

## Die Abse tauscht Arbeiter

Das neue Abkommen zwischen Deutschland und Italien über den Austausch von Arbeitern wird bereits praktiziert. Im Siemens-Kabelwerk sind seit dem 13. Juli 50 italienische Arbeiter aus Mailand tätig. Dafür wurden 50 Siemensarbeiter nach Mailand geschickt. Die Truppe bleiben drei Monate.

Bei den Italienern handelt es sich um Arbeiter im Alter zwischen 35 bis 40 Jahren, aktive Faschisten, die schon seit 1922 aktiv waren. Sie sind sehr begeistert von der Eroberung Abessinien. Interessant ist ihre Einstellung zu Spanien. Sie wissen sehr ge-

an den »Führer« so schmähsch genasführt hat, seit langem gibt, verraten die wenigen streng gleichgeschalteten Publikationsorgane, die sich im Dritten Reich noch mit sozialer Praxis auf ihre besondere Weise beschäftigen dürfen.

Ganz ohne Zweifel hat der »Deutsche Rentnerbund«, der, formal gleichgeschaltet, sich einen waschechten Ober-Nazi, Dr. Ballarin, als »Bundesführer« bestellt, heute einen nach Tausenden monatlich gehenden Zulauf solcher »Inflationsschädigten«, die bisher dachten, es genüge ihr nationalsozialistisches altes Parteibuch, um zu ihrem »Rechte«, nämlich dem angeblichen Recht auf eine Dauerrentenrente für verloren gegangenen Kriegsanleihe, Sparkassenguthaben und dergleichen zu gelangen. Die Republik — die diesen Menschen im Bereich ihrer Möglichkeiten wirkliche Hilfe statt kurpfuscherische Phrasen reichte — hatte eine Aufwertung im bestimmten begrenzten Rahmen ihnen gesichert. Dazu trat die allgemeine Fürsorge, die freilich ihre Hilfe mit vollem Recht von der Bedürftigkeit im Einzelfall abhängig machte. Aber gerade das war es ja, was die Hitlerpropaganda der »Kampfbücher« als das »Systemverbrechen« den Leichtgläubigen vorführte! Hitler versprach ihnen, daß sie nicht mehr auf diese »Almosen« angewiesen sein würden, wenn er »an der Macht« sei... Es ist also un schwer sich vorzustellen, warum jetzt der »Rentnerbund« diesen Massenzulauf hat!

Folgendermaßen hat die »Bundessgruppe Mittelwalde« dem Chor der Düpierten Stimme in einer Resolution verliehen, die anscheinend der Aufmerksamkeit der Gestapo und Göbbelszensur völlig entgangen ist:

»Nicht Almosen, sondern Wiedergutmachung! An Stelle des niedrigen Richtsatzes (der Unterstützung) soll ein Existenzminimum gewährt werden.«

Ist das nicht genau das, was Hitler in den »vierzehn Jahren der Schand« mit feierlichen Schwüren von der Rednertribüne aus garantiert hat? Jawohl, das ist es! Aber um es jetzt zu sagen, muß man aus der Partei Hit-

nau von den Niederlagen der Italiener in Spanien und beschuldigen Deutschland, in der Spanienfrage nicht klar Farbe zu bekennen und an den Niederlagen dadurch mit schuld zu sein. Einzige der Arbeiter waren bereits im Gebiet von Sevilla als Kabelmonteure. Sie sind sich sehr klar darüber, daß der Ausgang der spanischen Kämpfe für die weitere Entwicklung des Faschismus von entscheidender Bedeutung ist.

Den Siemensarbeitern wurde untersagt, die Italiener außerhalb des Betriebes einzuladen. Es ist den italienischen Arbeitern genau vorgeschrieben, wohin sie gehen dürfen. In Privatwohnungen wurden sie bisher nur von parteilich zuverlässigen Leuten eingeladen. Sie müssen, ehe sie eine Einladung annehmen, zunächst die Einwilligung des Nazi-Vertrauensmannes einholen.

Die Italiener sollen von Siemens noch auf sechs Wochen ins Elektro-Sachsenwerk nach Heidenau-Niedersedlitz kommen.

## Nicht gegen Rüstungen!

England gegen Hitler einig!

Die Parlamentsfraktion der Labour Party hat nach einer dramatischen Debatte mit 45 gegen 39 Stimmen beschlossen, nicht gegen die Rüstungsforderungen der Regierung zu stimmen, sondern sich der Stimme zu enthalten: Die Ablehnung war vom Exekutivkomitee mit Mehrheit beschlossen, sie wurde in der Fraktion von Attlee, Arthur Greenwood und Herbert Morrison vertreten, während sie von den Gewerkschaftern unter Führung von Dalton energisch bekämpft wurde. In der Opposition gegen die Regierung Neville Chamberlain-Eden waren sich beide Richtungen einig, was aber die Mehrheit beabsichtigte, als sie beschloß, dennoch nicht gegen die Militärforderungen zu stimmen, drückt der »Daily Herald« folgendermaßen aus:

»Gegen die Drohung des Faschismus ist nicht nur der englische, sondern auch der internationale Sozialismus einig. Er ist ebenso einig in der Absicht, den Völkerbund so stark zu machen, daß kein Angreifer es wagt, ihn herauszufordern... Die Arbeiterpartei fordert von der Regierung eine resolute Politik gegen den Faschismus, denn nur durch sie kann der faschistische Angreifer zurückgehalten und der Krieg vermieden werden. Darum will die Arbeiterpartei

lers ausscheiden und sich in den »Rentnerbunde« flüchten.

Der »Gebietsführer« des Bundes für Thüringen — anscheinend ein Mann, der eine sehr naive Meinung über die Geheimen Staatspolizei und ihre Möglichkeiten im Dritten Reich hat — hat sogar folgende Drohung ausgestoßen:

»Die Bundesführer wollen den Kampf um die Herausnahme der Inflationsopfer aus der der Fürsorge in verschärfter (!) Form wiederaufnehmen...«

Wozu man freilich nur sagen kann: wenn det man jut jeht, Männecken!

Einstweilen hat diese Propaganda eines neuen Klassenkampfes der Unkritischen nur die nachstehende Rüge in der Zeitschrift »Soziale Praxis« (Heft 26) gefunden — so herablassend und eiskalt im Ton, als wäre der Hitler von 1923 oder 1931 nur gerade ein wüster Traum gewesen:

»Es muß (angesichts der neubelebten Propaganda des »Rentnerbundes«) die Erwartung ausgesprochen werden, daß bei den leider schon so oft enttäuschten Rentnern nicht neue Hoffnungen erweckt werden, wenn ihre Verwirklichung nicht einigermaßen sicher ist. Es darf nicht übersehen werden, daß der Lösung der Rentnerfrage nicht geringe Schwierigkeiten entgegenstehen. Wenn es auch vielleicht gesetzestech-nisch möglich und finanziell tragbar wäre, für die heute bedürftigen Rentner, die vor der Geldentwertung von ihrem Vermögen leben konnten, die Aufwertung von 1925 zu verbessern, so sind doch die Folgen, die aus einer solchen Aufbesserung entstehen könnten, kaum zu übersehen. Die Rentner... beachten zu wenig, daß außer ihnen noch Millionen sonstiger Volksgenossen durch die Inflation geschädigt wurden usw. usw.«

Jetzt predigt also der »Führer« so; denn die gleichgeschaltete Zeitung sagt ja doch wohl nur ganz genau und wörtlich, was er selbst zum Problem zu sagen hat. Vor zehn Jahren, ja noch vor fünf Jahren war es freilich genau das Gegenteil und Herr Hitler wäre ein ganz übler Marxist gewesen, wenn er, wie oben gerodet hätte...

So ändern sich die Zeiten und leider auch die »Führer«! Nur eine gewisse Sorte von Mitmenschen ändert sich nicht. Und gerade das sind Hitlers älteste »Kämpfer« — die Urdeweiche des sogenannten Nationalsozialismus

bei der Beschaffung der notwendigen Verteilungsmittel nicht im Wege stehen.«

Hitler und Mussolini gegenüber will kein Sozialist Antimilitarist sein. Alle wollen »wehrraft« sein — gegen sie!

## »Vierjahresplan-Greuelmärchen«

»Das Schwarze Korps« wendet sich in seiner Nummer vom 10. Juni heftig gegen die Händler, die häufig die minderwertigen Ware dem Kunden gegenüber mit dem Hinweis auf den Vierjahresplan entschuldigen.

»Was in einem einzelnen Verkaufsladen tagtäglich an Vierjahresplan-Greuelmärchen verzapft wird, geht auf keine Kuhhaut. Zu jedem Stück Seife, zu jeder Spule Zwirn wird die passende Lüge gratis und franko mitgeliefert, weil man dadurch beim Kunden Eindruck schinden will: wir haben nur noch ein Stückchen Seife, ab morgen gibts ja bekanntlich nur noch Kieselsteine, aber weil du es bist, sollst du es haben!« Das ist die neue Form der Kundenwerbung.« Mit dieser mißlungenen Ironie will »Das

Schwarze Korps« die weitverbreitete und täglich wachsende Mißstimmung über die Ersatzstoffe, die dem Volke jetzt auf allen Gebieten aufgezungen werden, verkleinern und ins Lächerliche ziehen. Aber daß das Blatt der SS überhaupt eine solche Offensive, die mit unmißverständlichen Drohungen an die Händler verbunden ist, — es wird mit dem Heimtückegesetz gedroht und gesagt: »Einige harte Exempel könnten Wunder wirken.« — unternehmen muß, zeigt, wie schwer sich die Volksmassen die minderwertigen Ersatzprodukte aufdrängen lassen.

Um diese Tatsache zu verdunkeln, erfindet »Das Schwarze Korps« ein wirkliches »Vierjahresplan-Greuelmärchen«. Das lautet so:

»Uns berichtet ein Käufer, daß es ihm geradezu nur mit Gewalt möglich gewesen sei, ein Stück Vistra-Musselin zu erstehen, das er nicht aus nationaler Begeisterung haben wollte, sondern aus dem einfachen Grunde, weil dieser Stoff auch nach mehrmaligem Waschen und längerem Tragen sein ursprüngliches Aussehen behält, während ein Baumwollzeugnis gleicher Preislage nach einiger Zeit unansehnlich wird.« Die Verkäuferin war kaum zu bewegen, einen solchen Stoff vorzulegen, sie wies vielmehr immer auf den echten Baumwollstoff hin...«

Ein plumpes »Greuelmärchen«, dieser angebliche Vorgang, das nichts anderes ist als eine noch plumpere Reklame für die Ersatzprodukte des Vierjahresplanes.

## Von der Bastille zu Horst Wessel

Herr Friedrich Sieburg, einst ein Glanzlicht der »Frankfurter Zeitung« in ihrer demokratischen Epoche, repräsentiert heute neben seinem Kollegen Rudolf Kircher das geistige Lakaienamt gegenüber den Despoten. Er hat seinem Stil einige neue Lichter aufgesetzt durch die Uebernahme von Redewendungen, die zum gelistigen Requisit der diktatorischen Propaganda gehören. Kürzlich hat er eine Reise nach Portugal geschickt, mit gezielter Reverenz vor Herrn Salazar, dem kleinen Hitler Portugals. Er beschrieb darin die braven Zöllner, die er in Lissabon am Kai stehen sah, sie standen da, so berichtet er, »ernst und gesammelt«. Wenn man unter einer Diktatur lebt, hat man »ernst und gesammelt« zu sein, nicht natürlich, wie die unerste liberal-demokratische Bande.

Die Berichte des Herrn Sieburg aus Paris lassen neuerdings erkennen, daß das Propagandaministerium neue besondere Anweisungen über die Behandlung Frankreichs gegeben haben muß. Herr Sieburg wird höhnisch, giftig, zuweilen offen feindselig. Letztlich hat er sich — immer nach Göbbels Pfeife tanzend — eine Besprechung des französischen Nationalfeiertages geleistet. Er fand, die Erstürmung der Bastille am 14. Juli 1789 sei ein sinnloser Akt der Zerstörung, ein höchst zweideutiges Ereignis gewesen, er zitierte voll Elfer die Protestrede der Reaktionärsten der französischen Gegenrevolution gegen den 14. Juli. Weil Herr Sieburg täglich den Ideen von 1789 abschwören muß, zeichnet er das Symbol dieser Ideen mit dem Stift eines giftgeschwollenen Karikaturisten.

Solcher Ideenverrat trägt seine Strafe in sich selbst. Herr Sieburg muß das Symbol des Bastillensturms bespeien und gleichzeitig Verehrung für das Symbol Horst Wessel markieren. Hier ein Ausbruch der Volkseidenschaft gegenüber einem Symbol der Tyrannei — dort der Fall eines Zuhälters, der im Streit um eine Dirne von Gesindel seines eigenen Schlags umgebracht wurde. Herr Sieburg, der die Ideen von 1789 verrät, ist in seiner Lakaienrolle in gefährliche Nähe des Symbols seiner Herren geraten.

## Konkordat und Demokratie

In den letzten Tagen war Beograd nicht weit von einem Bürgerkrieg entfernt, dessen eigenartige Fronten die Einzigartigkeit der politischen Situation in diesem Lande kennzeichnen. Auf der einen Seite stand die Regierung Stojadinowitsch-Koroschetz, auf der anderen die orthodoxe Kirche. Den Streitgegenstand bildet die Ratifizierung des Konkordats mit der römischen Kirche. Aber hinter diesen Fronten verbargen sich weit stärkere Gegner und hinter dem Streit um das Konkordat standen Gegensätze, die die gesamte Gestaltung des öffentlichen Lebens in Jugoslawien betreffen.

Die jugoslawische Diktatur kann nur existieren, wenn es ihr gelingt, die Einigung zwischen der demokratischen Opposition in Serbien und der kroatischen Bewegung zu verhindern. Jugoslawien kann nur dann demokratisch sein, wenn zwischen Belgrad und Zagreb, zwischen Serben und Kroaten ein Ausgleich erfolgt ist. Ein solcher Ausgleich ist dauerhaft nur denkbar, wenn er auf dem Boden der Demokratie, das heißt des demokratischen Föderalismus erfolgt. Aber diesen Weg will und kann Stojadinowitsch nicht gehen. Die Rückkehr zur Demokratie würde seinem Regime in Bälde ein ruhmloses Ende setzen. Was er daher anstrebt, ist nicht der demokratische Ausgleich mit den Kroaten, sondern ihre Unterwerfung. Diesem Ziele hat er seine gesamte Politik untergeordnet. Die außenpolitischen Windungen und Wendungen Jugoslawiens dienen dieser Aufgabe. Ihr dient auch das Konkordat, dessen Ratifizierung Stojadinowitsch mit allen Mitteln erstrebt.

Die kroatische Opposition, die — tragische Schuld der serbischen Demokratie — von Belgrad in der vordiktatorischen Zeit nichts zu erwarten hatte, ist in ihren extremsten Formen in den Bannkreis der gesamten mitteleuropäischen Reaktion getrieben worden. Sie hat sich mit den österreichischen und ungarischen Legitimisten koalitiert — was nicht zuletzt die Ursache für die scharfe Opposition war, die die Habsburger in Belgrad fanden. Sie hat in Berlin und auf Berliner Weisung in Danzig, in Ungarn und vor allem in Italien ihre Stützpunkte gefunden, wie die Enthüllungen nach dem Marseiller Attentat bewiesen. Alles, was sich gegen die Kräfteverteilung in Mittel- und Südosteuropa wandte, alles, was im Dienste der mitteleuropäischen Konterrevolution stand, war Bundesgenosse der Kroaten im Kampf gegen Belgrad. Stojadinowitschs Politik war in erster Linie von dem Bedürfnis bestimmt, den Kroaten einen Stützpunkt nach dem anderen zu

# Ein Lakaienmärchen über Deutschland

## Der Nichtarier Sven Hedin als Hitlers Barde

Vor einiger Zeit wurde in der demokratischen Auslandspresse der Versuch gemacht, den Ehrenrest des alten Schweden Sven Hedin zu retten. Gewiß habe er sich in seiner Hitler-Begeisterung ein wenig zu weit vorgewagt, so las man, aber von den Judenverfolgungen in Deutschland sei er »abgerückt«. Das wäre begreiflich gewesen. Die mütterlichen Ahnenbilder im Hause Hedin sprechen eine deutlichere Sprache als selbst Mathilde Ludendorff, die Sven Hedin in ihrer Zeitschrift unlängst einen »Mittler zwischen West und Ost« schimpfte, einen Mittler, »den Juden nach ihrer Presse unwidersprochen für sich in Anspruch nehmen«. Jawohl — es wäre wirklich begreiflich gewesen, wenn der Nachfahre des achtbaren Juden Brody (alias Berlin) beim Anblick der deutschen Hep-Hep-Presse einen würgenden Ekel verspürt hätte. Aber — sei es, daß die Meldung von seinem um die jüdische Kundechaft bangenden Verlag lanciert wurde, sei es, daß er selbst aus genau denselben Gründen für ihr Erscheinen sorgte — nicht einmal dieser schäbige Fetzen einer Ehrenrettung entsprach der Wahrheit. Vielmehr findet sich in Sven Hedins neuem Buch »Deutschland und der Weltfrieden« — wörtlich — der folgende Satz:

»Im Namen der Wahrheit und Gerechtigkeit verlange ich eine unparteiliche Untersuchung der Handlungsweise der Juden in der Zeit nach dem Waffenstillstand und in den folgenden Jahren. Man versteht dann besser die Verblüderung, die gegen alle von jüdischer Rasse innerhalb Deutschlands Grenzen aufflammte...«

Weiter verlangt er im Namen der Gerechtigkeit nichts. Garnichts. Vielmehr läßt er die ganze Gassenhauerwalze von der jüdischen Schuld am Weltkrieg und an der Unterzeichnung des Versailler Vertrages und am Wetter ablaufen. Daß er in zwei Nebensätzen die deutsche »Strenge« und die Schreibweise des »Stürmers« bedauert, wird die jüdischen Buchkäufer, denen diese Abschweifung gilt, hoffentlich ekelhafter berühren als folgende Stelle, die eines Streicher würdig wäre:

»Sie (die Juden) vergelten Haß mit Haß, und den Haß der Christen ziehen sie sich darum zu, weil sie ihre Wirte aussaugen und wie die jungen Kackucke die Jungen der kleinen Vögel aus dem Nest werfen.«

Nun, seine schwedischen Wirte aussaugen wollte dem verdorbenen Sproß vom Stamme Brody-Berlin schon seit dem Weltkrieg nicht mehr recht gelingen. Damals

machte er sich mit seiner antienglischen Kriegshetze derart lächerlich, daß ihm der Ruf eines Narren bis nach Palästina vorauslief. Dort ließ er sich während des Krieges für einige Zeit nieder und empfing sein Buch »Jerusalem«, das von Mitleid mit dem gequälten jüdischen Volke — und von Bildern »schöner, anmutiger Jüdinnen« durchsetzt ist. Gleichzeitig versuchte er bei seinen schwedischen Landleuten in Jerusalem, den Dalekariern der amerikanischen Kolonie, ein wenig Blubo- und Kriegsbegeisterung anzuzetteln. Das trug ihm eine unvergeßliche Enttäuschung ein. Den alten Joseph Larsson, der seit zwanzig Jahren da unten lebte, fragte er (»Jerusalem« von Sven Hedin, Brookhaus 1918):

»Haben Sie nicht Heimweh nach Schweden?«

»Nein, wir wollen hier leben und sterben. Hier fühlen wir uns glücklicher als daheim.«

»Sie haben aber doch unmöglich Dalekarien ganz vergessen, den Fluß, die roten Hüften und die dunklen Wälder?«

»Freilich erinnern wir uns immer der Heimat. Aber es gibt keinen schöneren und herrlicheren Fleck auf der Erde als Palästina. Wir empfinden keine Reue und möchten nicht wieder tauschen.«

Also mit Blut und Boden war nichts auszurichten. Ja, diese Abtrünnigen »freuten sich, daß Schweden nicht in den Krieg verwickelt war«, in den es Sven Hedin mit seiner Propaganda so gern verwickelt hätte. Patriotismus zog auch nicht:

»Nach der Mahlzeit begaben wir uns in den großen Saal. Dort wartete unser eine Musikkapelle mit blanken Messinginstrumenten und bald erklang die schwedische Nationalhymne »Vart land, vart land, vart fosterland«. Begeisterung ergriff mich bei den alten wohlbekannten Klängen; ich erhob mich, aber meine Landsleute und die Amerikaner blieben unbewegt sitzen. Ich fragte den alten Larsson, ob er denn nicht Heimweh fühle, wenn er diese Töne höre? Aber der saß in unerschütterlicher Ruhe und antwortete nur mit einem schwachen Lächeln.«

Und dieses »schwache Lächeln« ist Sven Hedin nicht wieder losgeworden. Vielleicht würde ihm sein — aus Minderwertigkeitsgefühlen geborener — Geltungstrieb von mütterlich-jüdischer Seite mit auf den Weg gegeben. Damals stand er, ein Blamierter, zwischen lächelnden Weisen, jetzt wurde er endlich zum Weisen ernannt — in einem Land des Wahnsinns. Nicht als ob er in den »14 Jahren der Schmach« schlecht verdient hätte. Verfehlt er doch nicht, der

deutschen Demokratie zu immer wiederholten Malen seine Referenz zu erweisen. Aber erst jetzt fühlt er sich gebührend gewürdigt, denn als freiwilliger — sozusagen »nordischer« — Lobpreiser des Dritten Reiches hat er wirklich Seltenheitswert. Und, wie das mit dem Kaufpreis so zu gehen pflegt, wenn die Nachfrage das Angebot übersteigt — mit den Einnahmen aus 111 Vorträgen in 91 deutschen Städten konnte er alle Schulden für seine letzte Asienexpedition bezahlen. Dafür schrieb er, der 24 Stunden nach seiner Ankunft in Berlin vom Führer empfangen und dann in seinem Arbeitsraum in Wannsee mit nationalsozialistischen Büchern, Broschüren, Zeitungen, Zeitschriften überfüttert wurde, in seinem neuen Deutschlandbuch folgende Kernsätze nieder:

»... Keinem Land in der Welt ist es geglückt, so gründlich die sozialdemokratischen Theorien und Prinzipien in Praxis durchzuführen und umzusetzen, wie (Hitlers) Deutschland...«

»... Alle die dicken Bände, welche Karl Marx über die Ausrottung des Kapitalismus und über den »Zukunftstaat« geschrieben hat, wiegen federleicht im Vergleich mit der Wirklichkeit, die nun überall aus Deutschlands Erde in Form von monumentalen Schöpfungen zum Wohle der Arbeiterschaft emporwächst...«

»... Die Arbeiter in einem Unternehmen stehen auf demselben Niveau wie die Leitenden und wie der Direktor. Hat der Arbeiter Anlaß zur Beschwerde, oder will er in irgend einer Weise seine Wünsche geltend machen, so wendet er sich an den Vertrauensrat, den er selbst und seine Kameraden gewählt haben.«

Da ihn seine schwedische Abstammung — nur diese — vollkommen davor schützt, in der Nichtarierabteilung eines deutschen Konzentrationslagers zu landen, schwärmt Hedin für diese Stätten der Glückseligkeit:

»Die Quartiere sind geräumig, licht, gut geheizt und besonders rein und sauber. — Die Gefangenen sind »ausgelassen, schreien, plaudern und lachen«. Angenehm duftet das Mahl — »Suppe, Kartoffeln und Fleisch...«

Und so fort. Eine Sommerfrische. Vor dieser Greisen-Bösartigkeit erlischt selbst das »schwache Lächeln«, das dem Schreiber einst geollt wurde.

Besonders aber lobt Sven Hedin Hitlers »aufrichtiges Bemühen um den Weltfrieden« — Der gleiche Sven Hedin hat auch für den Friedenswillen eines Wilhelm II. geschwärmt. In diesem einen Punkte wenigstens ist er sich — und seinem Scharfsinn — treu geblieben.

nehmen. Die Annäherung an Deutschland, an Ungarn, der Vertragsabschluss mit dem italienischen Faschismus — das sind die einzelnen Etappen dieser Einkreisung der Kroaten. Den letzten Schritt sollte das Konkordat darstellen.

Die römisch-katholische Kirche zählt in Jugoslawien rund 5 Millionen Anhänger in Kroatien, Slowenien und an der dalmatinischen Küste. Die Serben gehören der orthodoxen Kirche an, die im ganzen Land ungefähr 6,5 Millionen Anhänger besitzt. Gelang es, durch das Konkordat Rom an dem Schicksal Kroatiens zu desinteressieren, so waren die Kroaten ihrer letzten Stütze im Ausland beraubt — Stojadinowitsch glaubte sie dann kapitulationsreif. Er hat diesem großen Ziel schwere Opfer gebracht. Das Konkordat ist eine geradezu einzigartige Unterwerfung des Landes unter die Befehle der römisch-katholischen Kirche. Alle Kinder aus gemischt-religiösen Ehen müssen danach römisch-katholisch erzogen werden, anschließend sogar dann, wenn der römisch-katholische Elternteil zur orthodoxen Kirche übertritt. Der katholischen Kirche werden Privilegien gewährt, wie sie die Kirche der Mehrheit der jugoslawischen Bevölkerung nicht besitzt. So bleibt sie, wenn ein Kirchensprengel zur orthodoxen Kirche übergeht, dennoch im Besitze dessen Vermögens. Die Regierung hat bei der Wahl eines katholischen Bischofs nur eine Einspruchsfrist von dreißig Tagen, während für die orthodoxe Kirche in diesem Falle keine Zeitgrenze besteht usw. Es ist begreiflich, daß sich die Kirche der Mehrheit der Bevölkerung und dazu alle antiklerikalen Elemente im Lande gegen das Konkordat wandten, dessen Hauptintendant die stärkste politische Persönlichkeit des Landes, der katholische Pfarrer und Innenminister Koroschetz ist. So kam es zu den Straßendemonstrationen, die am 19. Juli ihren Höhepunkt erreichten. Eine Prozession, an deren Spitze die höchsten Kirchenfürsten der orthodoxen Kirche gin-

gen, wurde von der Polizei attackiert und mit Gummiknüppeln auseinandergetrieben, wobei Bischöfe und Abgeordnete verletzt wurden. Die Kirchenglocken im ganzen Lande läuteten in kurzen Intervallen. Überall wurden Trauergottesdienste veranstaltet. Die Abgeordneten der Regierungspartei, die für das Konkordat eintraten, wurden mit der Exkommunizierung bedroht. Belgrad war einige Tage im Belagerungszustand, obwohl die Presse dank der Zensur nicht in der Lage war, die Öffentlichkeit in Bewegung zu setzen. So wurden auch die Nachrichten von der Verletzung des Bischofs von Schabatz aus der Belgrader Presse entfernt, aus Furcht, daß diese Meldung die Empörung noch mehr anschwellen lassen würde.

Es scheint aber, daß die Regierung bei diesem Kampf ihre Kraft überschätzt und sich zugleich über die Reaktion der Kroaten grundsätzlich getäuscht hat. Die Ankündigung des Ministerpräsidenten, daß er einstweilen darauf verzichte, das Konkordat dem Senat zu unterbreiten, deutet einen strategischen Rückzug an. Stojadinowitsch begründete seinen Schritt mit dem Wunsch, in der Zwischenzeit eine Verständigung mit der orthodoxen Kirche herbeizuführen, was zumindest einige Zeit in Anspruch nehmen dürfte. Andererseits haben die Kroaten auf die Einkreisungsversuche der Regierung in unerwarteter Weise reagiert. Nach dem Abschluß des Vertrages mit Italien publizierte die Presse Dr. Matscheks einen zweifellos von ihm persönlich inspirierten Artikel, in dem die innigste Zusammenarbeit mit dem Völkerbund, mit Frankreich und England als außenpolitische Linie der Kroaten vertreten wurde. Im Kampf um das Konkordat scheint die kroatische Bewegung der serbischen demokratischen Opposition ein ganzes Stück näher gerückt zu sein. Die Kroaten sind treue Katholiken — aber der Versuch der Regierung, den Klerus gegen sie zu mobilisieren und sie zum Verzicht auf ihre nationalen Forderungen

zu nötigen, stößt auf den Widerstand der Mehrheit der kroatischen Bevölkerung. Es wäre übrigens mehr als fraglich, ob eine Kapitulation Matscheks für Belgrad einen dauernden Gewinn darstellen würde. Der kroatischen Bewegung liegen, wenn auch gelegentlich in wirrer Form vertreten, sehr reale Motive zugrunde, die durch keine Scheinlösung überwunden werden können. So könnte am Ende der so ausgeklügelten Strategie Stojadinowitschs ein anderes Resultat stehen, als erwartet: die Stärkung der demokratischen Front in Jugoslawien, die auch außenpolitisch nicht ohne Folgen bleiben würde.

K. T.

## Erich Kuttner verwundet

Einem Bericht des »Pariser Tageszeitung« entnehmen wir, daß unser Genosse und frühere Kollege in der Redaktion des »Vorwärts«, Erich Kuttner, bei Brunete, verwundet worden ist.

Kuttner verließ im Frühjahr 1933 Deutschland, nachdem er sich in der ersten Hitlerzeit mit großem Mut an der illegalen Arbeit beteiligt hatte. Er ging nach Amsterdam und beschäftigte sich mit verschiedenen literarischen Arbeiten, von denen eine, über den Maler Hans von Marées, kürzlich erschienen ist. Der spanische Bürgerkrieg wies seinem kämpferischen Temperament neue Aufgaben. Eine Schußverletzung, die er im Weltkrieg erlitten und die seine rechte Hand fast unbrauchbar gemacht hatte, hinderte ihn am unmittelbaren Kriegsdienst, doch betätigte er sich in Madrid publizistisch im Sinne des spanischen Freiheitskampfes. Die Kämpfe um Brunete riefen ihn in die vorderste Linie, dort wurde er durch einen Schuß in den Unterschenkel verwundet.

Nach dem vorliegenden Bericht kann glücklicherweise mit seiner völligen Wiederherstellung gerechnet werden.

# Die Landwirtschaftsarmee marschieret

Deutschland leidet unter Ernährungsschwierigkeiten, die die Erinnerung an die Zeit des Krieges wachrufen. Die selbstverschuldete Knappheit zwingt zur Organisation einer fast lückenlosen Zwangswirtschaft. Der Mangel wird rationiert und organisiert, aber die immer straffer werdende staatliche Organisation des Mangels hat nicht nur den Zweck, seiner Herr zu werden, sondern ist zugleich und vor allem eine wirtschaftliche Mobilmachung, die Vorbereitung für den Ernstfall.

Die folgenden Maßnahmen erstrecken sich nur auf die letzten Monate und ausschließlich auf die öffentliche Bewirtschaftung des Getreides. Um so mehr wird aus ihnen deutlich, in welchem Tempo die staatliche Zwangswirtschaft des Dritten Reiches den Charakter der Kriegswirtschaft annimmt.

Der Streckung der Getreidevorräte dient die

## Verschlechterung der Beschaffenheit von Mehl u. Brot

Bereits Anfang Januar war die Zahl der bis dahin erlaubten acht Mehltypen auf drei reduziert worden. Der Zweck war, aus der verfügbaren Kornmenge eine möglichst große Mehlausbeute herauszuholen. Die drei Mehltypen durften in den Mühlen nur gleichzeitig (gekoppelt), und zwar in jeweils gleichen Mengen hergestellt werden. Da aber die Abnehmer der Mühlen sich weigerten, die schlechteste und fast unbrauchbare der drei Mehltypen abzunehmen, waren die Mühlen in Gefahr, auf der minderwertigen Sorte sitzen zu bleiben. Deshalb hat man sich zu einer Zwangsmaßnahme entschlossen. Die Mühlen können verpflichtet werden, einen bestimmten Prozentsatz ihrer Mehlerzeugung dem zuständigen Getreidewirtschaftsverband zur Verfügung zu stellen. Damit soll der Bedarf der Teigwarenfabriken sichergestellt werden. Diese können das minderwertige Mehl nicht verwenden, es wird also von vornherein ein Teil der Erzeugung helleren Mehls den Bäckereien entzogen und diese zur Verwendung der schlechten Qualität gezwungen.

Bereits im März war die Beimischung von mindestens 7 Prozent Maismehl zum Weizenbäck angeordnet und die Beimischung von bis zu 10 Prozent Maismehl für alle Gebäcke freigegeben worden. Da es aber unmöglich ist, bei der Unzahl von Bäckereibetrieben die Durchführung der Vorschrift zu kontrollieren, wird nunmehr angeordnet, daß die Beimischung nicht erst in den Bäckereien, sondern bereits in den Mühlen zu erfolgen hat, damit »der gesamte Weizenmehlanteil von der Maismehlzumischung erfaßt« werde. Ferner soll von nun an nicht mehr nur das Weizenmehl, sondern auch das Roggenmehl mit bloßem Auge nicht zu erkennen ist. Neuerdings ist den Bäckern vorgeschrieben worden, daß »zur Förderung der sparsamen Brotverwendung« Brot frühestens an dem auf die Herstellung folgendem Tage verkauft werden darf.

Vor kurzem hatte der Reichsminister des Innern den Bäckereien erlaubt, das im eigenen Betrieb anfallende Altbrot wieder zu verwenden. Der Zusatz darf nicht mehr als 3 Prozent des verwendeten Mehls betragen und muß »so fein in der Teigmasse verteilt werden, daß es im fertigen Brot mit bloßem Auge nicht zu erkennen ist«. Neuerdings ist den Bäckern vorgeschrieben worden, daß »zur Förderung der sparsamen Brotverwendung« Brot frühestens an dem auf die Herstellung folgendem Tage verkauft werden darf.

Der Mangel an Mehl reizt zum Mehlhamstern. Um ihm vorzubeugen, ist der Handel mit Mehl nur amtlich zugelassenen Betrieben erlaubt. Die Mühlen sind verpflichtet, laufend über die von ihnen abgesetzten und gekauften Mengen Meldung zu erstatten, die Verarbeiterbetriebe müssen die im vorigen Jahre verarbeiteten Mengen Mehl melden. Diese Verordnungen sichern den amtlichen Organen eine

## vollkommene Übersicht über Mehlbestände u. Mehlbedarf

schaffen also eine Vorbedingung für die amtliche Verteilung der Mehlvorräte. So verbindet man ein Mittel zur Linderung eines akuten Notstandes mit einer Maßnahme zur Vorbereitung auf die Kriegswirtschaft. Um eine übermäßige Vorratshaltung zu verhindern, dürfen die Verarbeiter nur soviel Mehl auf Lager halten, wie sie in drei Monaten verarbeiten können. Um so größer können die Getreide-

vorräte sein, die die öffentliche Hand für den Ernstfall aufstapelt.

Der Streckung der Getreidevorräte dienen sodann

## Verwendungsverbote

Mehl darf nicht zur Herstellung von Kleister verwendet werden. Die Verwendung von Brotgetreide zu technischen Zwecken ist nur mit Erlaubnis der zuständigen Getreidebehörde gestattet. Das Brennen von Weizen und Roggen war bereits vor einiger Zeit untersagt worden, das Verbot der Kartoffelbrennerei steht bevor. Offenbar haben sich aber die Liebhaber von Kornbranntwein mit anderen Getreidearten zu behelfen gewußt. Deshalb ist jüngst das Brennverbot auf Getreide aller Art, also auf Gerste, Hafer, Buchweizen, Hirse, Mai usw., ausgedehnt worden.

Da Deutschlands Getreidedecke zu knapp ist, besonders bei schlechter oder minder-guter Ernte, muß das Regime wählen, ob es die Viehfütterung auf Kosten der Broterzeugung versorgen will oder diese auf Kosten jener. Deshalb bereitet es Herrn Darré nicht geringe Sorgen, die Bauern zu verhindern, daß sie an Stelle ihrer Verpflichtung zur Ablieferung der vorgeschriebenen Menge Brotgetreide zu erfüllen, Weizen und Roggen in die Viehtröge schütten. Vor einigen Monaten wurde die sogenannte Umtauschaktion eingeleitet. Ueber die Pflichtmenge hinaus abgeliefertes Brotgetreide konnte in Futtergetreide, vor allem Mais, umgetauscht werden. In einem Aufruf hatte der Reichsnährstand die Verfütterung von Brotgetreide als Landesverrat angeprangert. Die Umtauschaktion ist beendet, aber sie hat den gewünschten Erfolg nicht erzielt, denn man hat es bei der bloßen Aufforderung nicht bewenden lassen, sondern zu einer umfassenden Zwangsmaßnahme gegriffen. Die Ablieferungspflicht, die bisher nur für Brotgetreide bestanden hatte, ist auf Gerste und Hafer ausgedehnt worden. Wird Weizen und Roggen über das dafür vorgesehene Kontingent hinaus abgeliefert, dann verringert sich entsprechend die Ablieferungspflicht für Futtergetreide. Die Landwirte dürfen also das kontingentierte Futtergetreide nur dann im eigenen Betrieb verwenden, wenn sie entsprechend mehr Brotgetreide abliefern. Die Höhe der Kontingente wird auf Grund der durchschnittlichen Ernteergebnisse festgesetzt. Der Landwirt hat die Ablieferung durch eine Ablieferungsbescheinigung nachzuweisen, von der die Kreisbauernschaft eine Durchschrift erhält. Diese kann also die Ablieferung überwachen. Um »Ausweichmöglichkeiten der Produktion, die privatwirtschaftlich vielleicht gewinnbringend hätten erscheinen können, volkswirtschaftlich aber Fehlleitungen wären«, auszuschließen, wird die Zwangsbewirtschaftung von Brotgetreide mit der von Futtergetreide in einer Organisation vereinigt. Zu diesem Zwecke ist die Hauptvereinigung der deutschen Getreide- und Futtermittelwirtschaft neu geschaffen, in deren Geschäftsbereich Buchweizen, Hirse, Mais, Hülsenfrüchte und alle Futtermittel einbezogen sind. Mit dieser Neuordnung der Getreidewirtschaft hat der Staat die Verteilung des weitaus größten Teils der Getreidemengen in die Hand bekommen, die nicht im landwirtschaftlichen Betrieb selbst verwendet werden. Er hat sich damit eine

## fast lückenlose Übersicht über die Getreidevorräte und die fast vollkommene Verfügung darüber

gesichert. Die kriegsmäßige Getreidewirtschaft ist also organisiert.

Die Futtermittelvorräte werden indirekt durch Sammlungen von Küchenabfällen gestreckt. Die Mastaktion aus Küchenabfällen ist von Göring anbefohlen worden. Er hat den Leiter der NS-Volkswohlfahrt, Hauptamtsleiter Hilgenfeld, zum Reichsbeauftragten für die Erfassung und Verwertung der Küchen- und Nahrungsmittelabfälle bestellt, die »nunmehr in allen dafür geeigneten Gemeinden beschleunigt durchgeführt werden« sollen. Nach dem »Deutschen Volkswirt« hofft man damit, die Getreide- und Futtermittelbilanz um 500 Tonnen Getreide oder zwei Millionen Tonnen Kartoffeln zu entlasten und 8 bis 10 Prozent des Schweinekonsums der Städte mit mehr als 20.000 Einwohnern zu decken.

Die dem Bauer auferlegte Ablieferungspflicht stellt bereits einen Eingriff in die landwirtschaftliche Erzeugung dar, denn sie bindet den Landwirt in der Auswahl dessen, was er anbauen will. Das Regime ist aber an der mittelbaren Beeinflussung des bäuerlichen Betriebs zur unmittelbaren übergegangen. Damit Görings Befehle durchgeführt werden, die landwirtschaftliche Produktion noch um jene 17 Prozent zu steigern, die angeblich nur noch zur völligen »Nährfreiheit« fehlen, wird

## der Bauer gezwungen, seinen Betrieb nach amtlicher Weisung zu führen

Zu diesem Behufe wird von Darré die Wirtschaftsberatung so ausgebaut, daß sie »auch den letzten Bauernhof erfaßt«. Diese sogenannte Hofberatung überwacht die Leistungsfähigkeit des Bauern und seines Betriebes, schreibt ihm vor, was, wie und wieviel er zu erzeugen hat. Zu diesem Zweck ist eine Organisation geschaffen, deren dichten Maschen kein Bauer entweichen kann und die der Reichsnährstandsbehörde die Lenkung der landwirtschaftlichen Produktion ermöglicht. Die Durchführung der dem Bauern erteilten »Ratschläge« wird vom Ortsbauernführer, also parteiamtlich, überwacht. Dem Bauern, der sich nicht fügt, kann der Hof weggenommen und in Zwangsverwaltung gegeben werden. Durch diese Organisation wird der freie Bauer in kurzer Zeit zum Arbeitssoldaten herabgewürdigt. Er wird, mag er wollen oder nicht, in die Landwirtschaftsarmee des Dritten Reiches eingereiht. Sie ist bereits wohl formiert, hat den Mobilmachungsbehl empfangen und ist bereits auf dem Marsch. G. A. F.

## Scheinwerfer über die Wirtschaft

Einen auffälligen Produktionsrückgang verzeichneten im Monat Juni einige der wichtigsten Industriezweige. So ist die arbeitstägliche Förderung von Steinkohle von 633.420 Tonnen im Mai auf 593.875 Tonnen im Juni zurückgegangen. Bei der Braunkohlenförderung ergibt sich ein noch größerer Ausfall. Hier sank die arbeitstägliche Förderung von 604.182 auf 581.076 Tonnen. Um nahezu 10 Prozent ist die arbeitstägliche Produktion von Rohstahl gesunken. Sie erreichte im Juni 63.795 Tonnen gegen 69.923 im Mai.

Die Verwendung von natürlichen Rohstoffen in der deutschen Textilindustrie geht scharf zurück. Entfielen im ersten Halbjahr 1934 von den verarbeiteten Rohstoffen noch 39,3 Prozent auf Baumwolle, so im ersten Vierteljahr 1937 nur noch 23,5 Prozent. Bei Wolle sank der Anteil in dem gleichen Zeitraum von 11,8 auf 8,3 Prozent und bei Jute von 12,3 auf 10,6 Prozent. Dagegen haben Kunstseide und Zellwolle ihren Anteil an der Textilversorgung von 4,2 auf 7,2 Prozent, bzw. von 0,7 auf 11,2 Prozent erhöht.

Obwohl der nationalsozialistische Propagandaapparat nicht müde wird, die angebliche Besserung in der sozialen Lage des deutschen Volkes immer wieder zu behaupten, so drängen sich dem aufmerksamen Beobachter der deutschen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung doch Feststellungen auf, die das Gegenteil belegen. So sind im ersten Halbjahr 1937 die Einzahlungen bei den deutschen Sparkassen mit 2894,3 Millionen Reichsmark um 145 Millionen Reichsmark niedriger als im ersten Halbjahr 1935. Eine Aufgliederung der Sparkassenstatistik zeigt weiter, daß der Anteil der niederen Sparbeträge an den gesamten Spargeldern zurückgeht, wodurch bewiesen wird, daß es nicht die kleinen Leute sind, die sparen können, sondern daß die nationalsozialistische Aufrüstungskonjunktur zuerst die kapitalistischen Schichten noch reicher macht.

Die große Lüge der deutschen Preisindici wird bei einer Gegenüberstellung der Indexziffer der Baukosten und der tatsächlichen Verteuerung der Baukosten klar. So sind nach »Wirtschaft und Statistik« im Reichsdurchschnitt die Baukosten einer Wohnung, bestehend aus Küche und zweieinhalb Zimmern, von 5180 Reichsmark im Jahre 1933 auf 5950 Reichsmark im Jahre 1935 gestiegen. Die Kosten einer Kleinsiedlung haben sich in der gleichen Zeit von 3190 auf 3930 Reichsmark erhöht. Während die Steigerung im ersteren Falle nahezu 16 Prozent beträgt,

macht sie bei den Kleinsiedlungen sogar 23 Prozent aus! Die amtliche Indexziffer der Baukosten hingegen ist nur um 5 Prozent gestiegen! Die Indexziffer lügt also niedrigere Preise vor, als sie tatsächlich sind. Das gilt nicht nur für die Baukosten, sondern für Lebensmittel und Artikel des täglichen Bedarfs überhaupt!

Durch neue Vorschriften wird der Verbrauch von Schokolade und Fett in der Süßwarenindustrie scharf eingeschränkt. Billiger Lebkuchen usw. darf überhaupt nicht mehr mit Schokoladendübeln versehen sein. Gebäckmischungen wie Kekse, Waffelmischungen u. dgl. dürfen nur 25 Prozent des Gesamtgewichts an schokoladengedeckten Erzeugnissen und auch nicht mehr als 35 Prozent fettgefüllte Waffeln enthalten.

## Ueber Spanien darf nicht gesprochen werden

Aus Hindenburg wird uns geschrieben: In den oberschlesischen Bergwerks- und Hüttenbetrieben ist es seit Wochen kein Geheimnis, daß die Gestapo ihre Spitzel besonders dahin beordert, die Stimmung der Arbeiter in den Betrieben hinsichtlich der spanischen Ereignisse zu erforschen. Wurde doch zu diesem Zweck das Polizeipräsidium von Gleiwitz von der Leitungsstelle Breslau der Gestapo mit Sonderauftrag beordert, möglichst bald zuverlässige Nachrichten zu liefern, wie die Einstellung der Bevölkerung zu den spanischen Ereignissen ist. Hierbei wurde die Schutzpolizei besonders darauf aufmerksam gemacht, daß sie der Gestapo bei der Beschaffung des Spanienmaterials behilflich sein sollte. Für die Betriebsleitungen der einzelnen Industrieunternehmen ist es längst kein Geheimnis, daß Spanien innerhalb der Belegschaften sehr eifrig diskutiert wird und daß die Belegschaften ausschließlich auf Seiten der spanischen Volkfront stehen und bei Unterhaltungen gegenüber den Nazivertrauensräten kein Hehl daraus gemacht wird, daß Deutschland in Spanien nichts zu suchen habe.

Nach dem Bombardement auf Almeria kam eine offene Stimmung gegen Hitler zu Tage, die Arbeiter verurteilten das deutsche Vorgehen sehr offen, hingegen sprachen sie sich dahin aus, daß Spanien mit dem Angriff auf die »Deutschland« doch nur sein Recht verteidigt habe. In der Donnerstagsmarche bei Hindenburg war die Diskussion über die spanischen Ereignisse so lebhaft und umfangreich, daß der Nazivertrauensrat an die Verwaltung herantrat, diese »Spanienunterhaltungen im Betriebe« zu verbieten, was auch prompt erfolgte. In der Bekanntmachung der Verwaltung wird die Belegschaft dahin unterrichtet, daß es verboten sei, sich über die spanischen Ereignisse zu unterhalten. Wer dieser Forderung der Verwaltung nicht nachkommt, wird sofort entlassen. Unmittelbar darauf wurden Neueinstellungen von »Arbeitern« vorgenommen, die allerdings Gestapospitzel waren. Das führte in der Reparaturschlosserei zur Verhaftung von zwei Schlossern, die bis auf den heutigen Tag nicht entlassen sind. Zwei Frauen, die sich im Skagerrakpark in Hindenburg ziemlich laut über Spanien unterhielten, wurden von einem Gestapospitzel verhaftet und einer sehr langwierigen Untersuchung unterzogen, man wollte immer wieder wissen, wer sie über die spanischen Ereignisse unterrichtet hat und ob sie den Freiheits-Geheimniser hören. Auf der Grünanlage Dorotheenstraße in Hindenburg, entgingen einige Frauen, die sich auf Grund von Zeitungsberichten über Spanien unterhielten, nur deshalb der Verhaftung, daß sie auf die »Ostfront« verwiesen, daß sie eben jetzt das alles über Spanien gelesen haben. Wie man aus Polizeikreisen berichtet, soll das Gestapomaterial über die Stimmung der Bevölkerung niederschmetternd sein.

## „Die Russen kommen!“

Eine Luftschutzübung — zu naturgetreu. Aus Sachsen wird in den »Deutschland-Berichten« der Sozialdemokratischen Partei folgendes gemeldet: »In einem Großbetrieb mit rund 3000 Mann Belegschaft ist der Luftschutz sehr gut organisiert. Der Betriebszellen-Obmann wollte nun, da bisher jede Übung gut geklappt hatte, einmal probieren, wie die Sache unangemeldet klappen würde. Er setzte sich deshalb mit dem nächsten Kommando der Luftwaffe in Verbindung und erhielt auch die Zusage für ihre Mitwirkung. Eines Tages nun heulten im Werke die Sirenen der Flugabwehr und kurz darauf erschienen neun Bombenflugzeuge und markierten einen Angriff auf das Werk. Die Wirkung war verblüffend. Alles flüchtete hilflos. Die Leute auf dem Hofe wollten ins Werk eilen und die Leute im Werk wollten hinaus. Vielfach hörte man Rufe: »Die Russen kommen!« Vom Luftschutz war bei dieser Panik nichts zu spüren.

# Göring wütet gegen Göring

## Ein „Volk ohne Raum“ unterhält ein Jägerparadies — Sabotage der bedrängten Bauern gegen die Passionen des Reichsjägermeisters

Im geradezu himmelschreienden Gegensatz zu den drakonischen Zwangsmaßnahmen des braunen Regimes, die eine Versorgung des deutschen Volkes — des »Volkes ohne Raum«, das mit diesem Schlagwort systematisch auf den »notwendigen« nächsten Weltkrieg vorbereitet wird — auf »eigener Scholle« gewährleisten sollen und die in Handel und Industrie im Göringschen Vierjahresplan, in der Landwirtschaft aber in der Darrschon Dauer-Ernährungsschlacht gipfeln, steht das, was die neuen »feinen Leute« in Hitlerdeutschland im Braunkostüm zur Bestreitung ihrer persönlichen Passionen so dringend zu benötigen scheinen: die mehr als kostspielige Pflege des Jagdsportes mit einem ungeheuerlichen überbürokratischen Drum und Dran! Auf seine verschiedenen »Jagdgesetze« — für Preußen sowohl wie für das Reich — ist der »Reichsjägermeister« Göring besonders stolz; schon der pickfeine Titel, unter gleichwertigen Brüdern von ihm geführt, war seine eigene höchstoriginelle Erfindung. Sieht man die Liste der hohen jagdlichen Würdenträger des Regimes, all der Landes-, Gau-, Kreisjägermeister mit ihren »Stäben«, »Jagdehrengerichten« »Befehlsstellen«, heraldischen »Belangen« auch nur flüchtig durch, erkennt man sofort, daß sich hier die »sieghafte« nationalsozialistische Partei-Oberbonzen so etwas wie eine Privatdomäne der persönlichen Liebhaberei haben schaffen wollen. Die »Reichsstatthalter« — von Epp in Bayern, Mutzschmann in Sachsen usw. usw. — sind auch immer »Landesjägermeister«. Kein kleiner Kreisleiter, der nicht in malerischem Amtskostüm heute auf die Hasen- oder Rehirsch ginge, und wäre er die ganzen »vierzehn Jahre der Schande« hindurch Berufs-Wohlfahrtserwerblos gewesen. Große Herren haben eben großer Herren Sitten! Das war schon zu Zeiten August des Starken oder eines zeitgenössischen dänischen Serenissimus so, der seinen Bauern gebot, ihren Hunden jeweils ein Vorderbein abzuhacken, damit die fürstlichen Hasen mehr geschont würden. Nur — damals gab es noch keine rauen »Vierjahrespläne«, noch keine Landbesitzer, die durch Gestapo zum Anbau- und Ablieferungszwang verhalten wurden, noch kein »Kampf-dem-Verderb-Rummel, der dem geduldeten Volk jede verdorbene Brotkruste statistisch nachrechnet und Müllhaufen in Stadt und Land nach irgendwie »Verwertbarem« im Namen der neuen Hitler-schen Durchhalteparole amtlich durchstöbert. Heute ist es so: daß im Dritten Reich die »Volksgemeinschaft« — mit dem Bauer-Erzeuger angefangen — zu einschneidenden Entbehrungen aller Art im Interesse der deutschen »Nahrungsfreiheit« angehalten wird und daß demgegenüber gleichzeitig der Luxus einer Jagd- und Wildhypertrophie amtlich und gesetzlich gepflegt wird, den sich auch ein weniger hungriges Land, wenn es einigermaßen vernünftig regiert würde, höchstwahrscheinlich nicht leisten würde. Das mehr als absurde Mißverhältnis zwischen Herrenallüren und Volknöten ist in seiner schrillen Diskrepanz vielleicht die aller-sinn-gemäßste Aburteilung des »Führerstaates«!

Mit ständig wachsender Erbitterung, wovon ein auch nur oberflächlicher Blick in die einschlägige Fachpresse Hitlerdeutschlands zur Zeit überzeugen kann, wehrt sich freilich der in der »Ernährungsschlacht« stöhnende, halb enteignete Bauer gegen den ganzen ihm und seinem berechtigten Produktionsinteresse neu aufgezungenen »Reichsjägermeister-Komplex. Da überall dank der Göringschen Jagdgesetze die Wildbestände in einer Weise zugenommen haben, daß Wildschäden in der deutschen Landwirtschaft nicht mehr, wie früher, zu den Ausnahmefällen des landwirtschaftlichen Betriebes, sondern zu einer allgemeinen Kalamität auf dem platten Lande geworden sind, setzt sich der Bauer jetzt in immer stärkerem Maße durch sabotierende Selbsthilfe gegen die Ueber-Pflege der Wildbestände, gegen Karnickel- und Hasenplage, Kahlfraß durch Hufwild usw. zur Wehr. Die deutschen Jägerzeitungen halten wieder von wilden Drohungen gegen die Landwirte, die einer förmlichen »Wildschadenshysterie« verfallen wären. »Volksgemeinschaft« — ? Das Regime hält es ganz mit den »Jägern«, die ja gleich-

zeitig eben seine Parteigrößkopfen sind. In welchem Maße das geschieht, zeigt die Auslegung beispielsweise des Paragraphen 41 des (Göringschen) »Reichsjagdgesetzes«, der bestimmt, daß »Eigentümer oder Nutznießer eines Grundstücks bei der Verhütung von Wildschäden kein Wild gefährden oder verletzen dürfen. Auf Grund dessen hat nämlich jetzt die »Reichsjägermeisterei« mit Gesetzeswirkung die Verwendung von Stacheldraht zu Einzäunungszwecken in der Landwirtschaft prinzipiell verboten!!! Grund? Die Hasen des Herrn Mutzschmann oder des Ritters von Epp könnten sich an dem Stacheldraht das Fell ein wenig zerzausen. Allergnädigst hat dann, aber erst auf den Protest vieler Kreise des »Nährstandes« Herr Göring doch zugestanden, wenn der Stacheldraht ausschließlich einer bloßen Viehkoppel diene, er dennoch statthaft sei... Den Stacheldraht um die KZ's verbieten sie natürlich nicht.

Folgende Verfügung einer deutschen »Jagdbehörde« aus der letzten Zeit zeigt deutlich an, mit welchen Partei- und Regime-terrorismethoden die rebellischen Bauern gehalten werden sollen, den Allüren der neuen braunen »Jagdherren«, auch wenn sich diese breit machen auf der mühsamen Arbeit des Landwirts und zu Lasten der an sich schon mehr als miserablen Volksernährung gehen, nachzugeben:

»Ich verweise auf die Anordnung des Reichsjägermeisters, nach der die Jagdberechtigten am Schluß des Jagdjahres die Höhe der im abgelaufenen Jagdjahr bezahlten Wildstandsvergütungen dem Kreisjägermeister zu melden haben. Da es besonders wichtig ist, die Höhe der durch die Bauern geforderten Vergütungen zum Vergleich

heranzuziehen, bitte ich die Schadenersatzforderungen, die sehr oft viel zu hoch sind, mit aufzuzeichnen.«

Gau-Jägermeister Sachau.  
Wehe also dem Bauer, der auf dieser denunziatorischen Liste mit seiner Forderung erscheint! Er hat den »Reichsjägermeister«, der aber ja auch gleichzeitig der mächtigste Polizeibüffel im Reich ist, zu seinem Erzfeind gemacht. Wie das für ihn ausgehen wird, bedarf keines Kommentars!

Hin und wieder liest man von umfangreichen und schwierigen »Verhandlungen«, die zwischen den neuen »Jagdbehörden« und den Vertretern des »Reichsnährstandes« wegen der geradezu unerträglichen Wildschadenskalamität in bezug auf die Schadenfrage (die freilich nicht den Substanzverlust in der Volksernährung wieder gut machen kann) gepflogen werden. So war es kürzlich zum Beispiel in Bayern. Im großen und ganzen ist dabei, wie aus den später veröffentlichten »Verhandlungen« hervorgeht, herausgekommen, daß die Bauern vom klaren Rechtsweg im Schadensfalle, der eine nackte Existenzfrage für sie in manchen Gegenden geworden ist, in jedem Falle abgedrängt worden sind und daß die »Jagdbehörden«, die gleichzeitig auch die Nimrode sind, die Richter in eigener Sache spielen dürfen. Was Herr von Epp in höchster Landesinstanz den geschädigten Landwirten gnädigst bewilligt, das haben sie nach diesen »Verhandlungen« gehorsamst zu nehmen und sich damit zu bescheiden. Die gleichgeschaltete Justiz tut ein übriges, um der neuen Herrenmoral »im Wald auf grüner Heide« den letzten Triumph zu sichern. Zuchthausurteile, auch wegen geringfügigen Wildfrevels sind heute die Regel in Deutschland! Bauern, die nur in der Selbsthilfe (gar nicht

etwa aus Wilderermotiven heraus) Karnickel »ströppeln«, wo sich diese dank der Göring-gesetze zur wahren Landplage entwickelt haben — und das wird heute auf fast allen Gegenden Deutschlands berichtet — finden vor den braunen Tribunalen, aufgehetzt von der obersten braunen Ordnungsbestie, wahrlich keine Gnade!

Folgendermaßen charakterisiert aus seinem Interessenten-Gesichtskreis heraus ein dieser Tage in der jagdamtlichen Zeitschrift »Wild und Hund« (Nr. 11 d. J.) erschienener Artikel, die mehr als groteske Situation:

»Wer viel im Lande herumkommt und herumhört, dem will es vor allem in letzter Zeit manchmal scheinen, als sei die in objektive vernünftige Bahnen gelenkte Einstellung zu unserem Wild strichweise wieder unsäglich und vielleicht sogar feindseliger geworden. Das ist um so gefährlicher und bedenklicher, als dabei meist immer der neue Vierjahresplan und die Ernährungsschlacht erhalten müssen... Die blinden und verblendeten Fanatiker mit ihrer Wildschadenspsychose vergessen, daß an der Spitze des Vierjahresplans gerade unser Reichsjägermeister steht.«

In dieser beweglichen Klage ist schlechterdings alles enthalten, was in der Tat diese Hitlerromanze Göring kontra Göring an Schnödeheit der Volksverachtung und Widersinnigkeiten des Diktaturstaates in sich schließt. Unter Ludwig dem Vierzehnten durften zeitweise die französischen Bauern ihre Aecker nicht jauchen, damit die Rebhühner für die Baronsküchen nicht danach rochen oder gar schmeckten. Aber waren das nicht immer noch relativ gute Zeiten für Bauern, die noch keinen Vierjahresplan zu »erfüllen« hatten und auch nie eine richtige hitlerdeutsche »Ernährungsschlacht« mit Preisverordnungen und Ablieferungsstellen durchgemacht hatten? H. E.

# „Leistungen“ des Dritten Reiches im Urteil des Auslandes

## Ein Schwede schildert Not und Knechtschaft der deutschen Landarbeiter

In der schwedischen Monatsschrift »Tidens«, Jahrgang 1937, Heft 6, veröffentlicht Olof Landquist eine umfangreiche und sorgfältige Untersuchung über die gegenwärtige Lage der deutschen Landarbeiter, betitelt »Tysandens lantarbetare under nationalsozialismen« (Die deutschen Landarbeiter unter dem Nationalsozialismus). Der Verfasser hat seine Studien in Deutschland selbst betrieben. Er ist im Dritten Reich umhergereist, hat mit vielen Menschen gesprochen, und die Lohn-, Wohn- und Arbeitsverhältnisse der Landarbeiter studiert. Ihm, als einem wirklichen Kenner landwirtschaftlicher und sozialpolitischer Dinge, konnten — trotz seiner eifrigen Bemühens — die Herren von der Arbeitsfront keine potemkinischen Dörfer vortäuschen. Seine Untersuchung führte zu Ergebnissen, schlechthin niederschmetternd für die nazistische »Volksglückung«.

Interview mit einem »Führer«.  
Wie die diktatorisch eingesetzten »Vertreter« der deutschen Landarbeiter aussehen, das schildert Landquist wie folgt:

»An Stelle des alten Landarbeiterverbandes gibt es jetzt die »Reichsbetriebsgemeinschaft Nr. 14, Landwirtschaft«, die den gesamten Besitz des Deutschen Landarbeiterverbandes übernommen hat. Wenn sie — wie vorgibt — auch dessen Aufgaben übernommen hat, dann erfüllt sie sie jedenfalls höchst miserabel. Die Art und Weise, wie diese Organisation — oder besser gesagt: diese Behörde — geleitet wird, ist einfach ein Skandal. Ich habe ihr Zentralbüro in Berlin besucht, ausgerüstet mit ministeriellen Legitimationen, und ich habe dort den obersten Leiter der Organisation interviewt. Das ist ein Mensch, der nicht mal die elementarsten Kenntnisse besitzt, auf dem Gebiet, dem seine »Führertätigkeit« gilt. Er wußte nicht einmal die Zahl der arbeitslosen Landarbeiter zu nennen, ebenso wenig die der gegenwärtig beschäftigten ausländischen Saisonarbeiter! Als ich ihn nach der Höhe der Kontingente fragte, konnte er mir diese schließlich nach langem und energischem Herumtelefonieren mitteilen. Es

ist nicht schwer, aus alledem Schlußfolgerungen zu ziehen und sich vorzustellen, welcher Art die »Leistungen« eines solchen Mannes für die Mitglieder wohl sein mögen.«

Alles versprochen — nichts gehalten!

Landquist gibt in seinem Bericht eine umfassende Darstellung der Lage der Landarbeiter in der Weimarer »Systemzeit«. Ihr stellt er die Versprechungen gegenüber, die Hitler vor der Machtergreifung dem Landproletariat gemacht hat: durch Hebung der Löhne sollte der Landarbeiter aus dem Proletariatsdasein erlöset, er sollte dem Bauern gleichgestellt, in die »Volksgemeinschaft« eingefügt, an der Ernte beteiligt werden. Aufstiegs-Chancen sollten ihm gegeben, das Wohnelend sollte beseitigt werden usw. usw.

Was ist davon verwirklicht worden? Nichts! Weniger als nichts! Denn der Lebensstandard des Landarbeiters ist nicht nur nicht verbessert, sondern gegenüber 1933 erheblich gesenkt worden und die Rechte und sozialpolitischen Errungenschaften, die die Republik dieser ärmsten Volksschicht gegeben hatte, hat man zum größten Teil radikal beseitigt. Teilweise ist der Landarbeiter heute bis ins Stadium der Leibeigenschaft zurückgesunken. Denn ohne besondere Erlaubnis hat er nicht das Recht, seinen Beruf zu wechseln! Das ist ihm bei Strafe verboten, laut »Gesetz zur Regelung des Arbeitseinsatzes«.

Entrechtet und verhöhnt...

»Als einen großen Fortschritt« — wir zitieren hier wieder wörtlich den erwähnten Aufsatz in »Tidens« — »als einen großen Fortschritt bezeichnet es Reichskommissar Reinke, daß die Landarbeiter in den Reichsnährstand aufgenommen wurden. In Wirklichkeit bedeutet diese Maßnahme für den Landarbeiter nichts anderes, als daß er einen weiteren Mitgliedsbeitrag zu bezahlen hat. Für das Vergnügen, sich Mitglied derselben Organisation nennen zu dürfen, der auch sein Arbeitgeber angehört, kann er sich weder satt essen noch besser kleiden. Die Nationalsozialisten erklären das jedoch für einen ungeheuren Aufstieg und als Gleichstellung des Landarbeiters mit dem Bauern

und Gutsbesitzer... Wer die tatsächlichen Verhältnisse in der deutschen Landwirtschaft kennt, der weiß, daß solche Redensarten nur als offener Hohn aufzufassen sind.«

Hungerlöhne und Siedlungsbau!

Wie steht es mit den Löhnen der Landarbeiter? Sie waren schon früher alles andere als ausreichend. Sie sind seit 1933 im wesentlichen dieselben geblieben — wenigstens auf dem Papier. In der Wirklichkeit jedoch...

Landquist verweist auf die im vorigen Jahresbericht der Reichskredit-Gesellschaft enthaltenen statistischen Angaben. Danach betragen die in der Landwirtschaft im Jahre 1935 tatsächlich gezahlten Löhne insgesamt 10 Millionen Reichsmark weniger als 1933, während gleichzeitig die Zahl der beschäftigten Landarbeiter um 113.185 gestiegen war, ganz abgesehen von den unzähligen aus der Stadt in die »Landhilfe« abkommandierten Jugendlichen. Und dazu kommt noch die erhebliche Entwertung der Löhne durch Preissteigerung. Die angeführte Statistik geht nur bis zum Jahre 1935, aber selbst die Nationalsozialisten werden nicht die Behauptung wagen, daß sich die landwirtschaftlichen Löhne in den letzten 1½ Jahren irgendwie gebessert hätten.

Und wie ist es mit der Siedlungstätigkeit, mit der so viel beschriebenen »Siedlungsmachung« deutscher Landarbeiter auf deutscher Scholle?

»Die Schaffung neuer Siedlerheimstätten und Kleinwirtschaften geschieht auch nicht annähernd im gleichen Umfang wie in der Zeit vor Hitler. Die Ziffern des »Statistischen Jahrbuches« sprechen hier eine baredte Sprache:

Neueingerichtete Landwirtschaften:		
	Anzahl	Areal in ha
1930/32	25.569	281.382
1933/35	13.750	202.827

Von »Kraft durch Freude« wird man nicht satt!

Wir haben hier nur eine knappe Andeutung der Resultate gegeben, die Olof Land-

# Der Unglücklichste der Menschen

quist in seinem weitläufigen und gründlichen Lagebericht mitteilt. Viele Detail-Untersuchungen, die der kritische Gast aus Schweden angestellt hat, ließen wir ganz außer Betracht. Sie alle ergaben ihm das gleiche Bild: der Nationalsozialismus hat dem Landarbeiter ebenso viel versprochen und ebenso viel geraubt, wie den anderen arbeitenden Schichten des deutschen Volkes.

Olof Landquist schließt seine Ausführungen mit den folgenden Sätzen, in denen er das Fazit seiner Studienergebnisse zieht:

„Zusammenfassend muß konstatiert werden, daß der Nationalsozialismus nicht nur der Aufwärtsentwicklung ein Ende gesetzt hat, die für das deutsche Landproletariat durch die Arbeiterbewegung und die Republik eingeleitet wurde. Er hat vielmehr darüber hinaus diesen Schichten eine erhebliche Verschlechterung ihrer Lage gebracht und sie in die Position unterdrückter und rechtloser Menschen zurückgestoßen. Hierbei, von den Arbeitgebern veranstaltet, können ebenso wenig wie die schönen Reden über Volksgemeinschaft, Schicksalgemeinschaft, und Kraft durch Freude die bittere Wahrheit verdecken.“

## Der Wehrmachtspychologe

Zu seelischen — zu sentimentalen.

Vor kurzem ist ein Buch im Dritten Reich erschienen, das von der braunen Presse aller Kategorien in langen Aufsätzen gewürdigt wurde. Sein Autor ist der Dozent und Wehrmachtspychologe Kurt Pintschovius und es heißt: »Die seelische Widerstandskraft im modernen Kriege« (Verlag Gerh. Stalling, Oldenburg). Der Autor beschäftigt sich mit der Frage, ob die Bevölkerung Deutschlands genügend politische und moralische Widerstandskräfte besäße, um einem modernen Materialkrieg lange standhalten zu können. Er bejaht diese Frage, wie es sich für einen parteilich zugelassenen Schriftsteller von selbst versteht, verwickelt sie auf der anderen Seite durch eine Problematik, die ihm scharfe Kritik einbringt. Pintschovius geht nämlich, wie ihm vorgeworfen wird, nicht von dem einheitlichen, von SA und SS ausgerichtetem Begriff der »Volksgemeinschaft« aus. Er sieht vielmehr die »sozialen Räume« mit ihren psychologischen Verschiedenheiten. In der großstädtischen Bevölkerung, so schreibt Pintschovius unter anderem, werde es »Gruppen« und »Typen« geben, die den Anforderungen und Entbehrungen eines modernen Krieges mit allen seinen Folgen seelisch und sittlich keineswegs gewachsen seien.

Ueber diese Feststellung ist die braune Presse entsetzt. Wo bleibt hier, so wird gefragt, die klare Grenze zwischen »bürgerlich abgesenkener« und »leistungsbereiter« Arbeiterschaft? Wo die Feststellung, daß die von einer neuen Weltanschauung geformte großstädtische Bevölkerung immer mehr den Charakter der »Masse« verliere? Sehe Pintschovius nicht, daß das deutsche Volk, der deutsche Arbeiter sich im neuen Glauben zu einer soldatischen Haltung bekenne? Und

François Mauriac, ein französischer und in besonderem Maße ein katholischer Schriftsteller, beschwört in einer Essaysammlung »Journal« die Schatten des 30. Juni. Der Abschnitt, der sich auf diese Begebenheiten bezieht, heißt: »Der Unglücklichste der Menschen.« Vom katholischen Christen erwartet allerdings Mauriac eine Gefühlsreaktion, die in dem gegebenen Falle kaum die unsere sein kann. Davon abgesehen aber mag es interessieren, die Stimme des Moralisten zu vernehmen, der zum Thema der Diktatur spricht:

»Die Gnade hat den Menschen von dem blinden Geschick befreit. Dieses Gesetz, das auf dem Nacken der Antike lastete, die Gnade hat es besiegt und uns frei gemacht — aber frei auch dazu, uns von neuem unter das Joch desselben Gesetzes zu beugen: die Freiheit der Kinder der Gnade, sie ermöglicht ihnen allerdings auch, auf die Befreiung zu verzichten und sich von neuem einer grausamen Ordnung zu fügen, in die gefangen die gesamte antike Welt lebte — zum Vergnügen ihrer Götter.

Als Adolf Hitler seinen Pakt mit dem Schicksal unterzeichnete, hatte er die Tragweite dieses Handels nicht abgewogen. Alles ist im voraus niedergeschrieben mit einer

dann der schlimmste Vorwurf: ein Buch, das geistig aus der »Systemzeit« stammt! Es hätte vor fünf Jahren geschrieben sein können.

Was wird aus Pintschovius werden? Kann er noch länger volkswissenschaftlicher und wehrmachtspychologischer Dozent bleiben? Es scheint, daß über sein Schicksal bereits entschieden ist. Das peinliche Wort »Kultur« spielt nämlich in seinem Buch eine geradezu herausfordernde Rolle. Wenn heute ein Autor noch wagt, zu schreiben, daß die seelischen Widerstandskräfte »auf der Seele der Kultur« erwachsen und es darum auf eine Verankerung in einer echten Kultur ankomme, so wird er bereits Objekt von Aktenvermerken der Gestapo. H.

## Hundessterben im Dritten Reich

Selbst im Tode preist Möppi noch das große Werk des »Führers«

Daß »die Zahl der Hunde zusehends abnimmt« — im Dritten Reich, beklagt bitterlich und einermäßig ratlos ob der auffälligen und verdächtigen Angelegenheit, die »Deutsche Allgemeine Zeitung« (Reichsausg. 336—337) gleich auf der ersten, sonst den Ribbentrop-Noten vorbehaltenen Seite. In Berlin allein findet, so berichtet sie, eine »regelmäßige« Verminderung der Hunde um jährlich 13.000 jetzt statt. Das haut allerdings in die propagandistische Schublade des Herrn Göbbels — wo doch sonst alles im Dritten Reich nur so floriert, dergestalt, daß »Staatsfeinde«, die ins Konzentrationslager kommen, dort Körpergewichtszunahmen und Nervenheilungen an sich erfahren, die ihnen kein Sanato-

rium besser verschaffen könnte! Was haben die Hunde gegen das Dritte Reich, daß sie es in solchen Scharren vorziehen, rechtzeitig abzukratzen? Man bedenke: es sind ja doch die Enkel der Hundegeschlechter, die bereits einmal so große und heroische Zeit erlebten und in ihren Hundefamilienannalen noch die Erinnerung an die Hundegroßmutter pflegen, die einst, als noch Ludendorff »der Führer« war, ihr Leben in der Wurstmühle dahin gab! Ist die mörderische Analogie schon wieder da? Haben die Berliner nichts mehr für ihre Vierfüßler zu verfüttern, wenn sie schon für ein Viertelpfund Speck wieder Schlange stehen müssen und halten die Hunde nichts von einer Zellstoff-Wurstpelle, wie sie überhaupt »Ernährungsschlachtens«, jedem »Kampf dem Verderb«, der Göringschen Vierjahresplandiktatur, dem ganzen neu-alten Durchhaltezauber mit moppelgster Interesse- und Ideallosigkeit gegenüberstehen dürften?

Es ist schade, daß darüber ein wirklicher Hund nicht Rede und Antwort stehen kann, zumal wenn er — auf diese Weise oder auf andere — schon tot ist und auf das Dritte Reich schadenfroh vom Hundehimmel jetzt herabgucken kann. Aber eine moralische Tierquälerei, die das Dritte Reich bei seiner bekannten Humanität nicht dulden sollte, ist es, wenn sich die »Deutsche Allgemeine Zeitung« dieses erzwungene Schweigen der Gemordeten zu ihren »Fall« zu Nutze macht und freiweg von der Leber her behauptet, die Hunde des Dritten Reiches hätten unter aktiver Beteiligung an der »deutschen Aufbauarbeit« nur den vielen Kindern Platz gemacht, die jetzt — statt ihrer — von so vielen Deutschen um der nationalsozialistischen Weltanschauung willen und auf Befehl des »Führ-

Und ohne Zweifel wußte er ebensogut, daß ihm befohlen sein würde, zweimal die zu mordenden, die ihn liebten, denn der Mord allein genügt nicht. Die dunkle Gewalt, die ihn gefangen hielt, forderte von ihm, daß er die Männer, deren Meister und Gott er gewesen war, für die Ewigkeit beschmutzte.

Es ist fürchterlich, die Toten zu entehren; wenn das jemals notwendig war, welche entsetzliche Notwendigkeit! Aber hier ist der, welcher sich mit diesem Geschäft beiläufig, der Mörder selbst, noch befleckt mit ihrem Blut. Ein solcher Schrecken ergreift uns, daß die Entrüstung nicht mehr ausreicht, das auszudrücken, was wir fühlen. Es bleibt in uns Platz für gar keine andere Empfindung mehr als für Mitleid. Wie viele mögen, jenseits des Rheins, dieses Mitleid gefühlt haben und mögen angesichts der Photographie des Führers von ihm gesprochen haben wie das thebanische Volk von Oedipus: »Du, der du für unser Vaterland ein Bollwerk gegen den Tod sein wolltest, mit wieviel Ehren geschmückt sahen wir dich auf dem glänzenden Thron von Theben und jetzt, welcher Mann in der grausamsten Wendung seines Lebens war je unglücklicher als du?«

»Früher war es doch so, daß der Hund einen Kindersatz darstellte! Nicht nur, daß so wieder einmal eine Schandtat des endgültig und restlos erledigten »liberalistischen Zeitalters« entdeckt wäre, und zwar eine funkelneulene, auf die bisher noch nicht einmal Hitler selbst gekommen ist. Hier ist es auch ganz klar dargelegt, wie selbst die vierfüßige Kreatur sich dem Zauberbann des »Deutschland erwache« opferwillig und begeisterungsfähig einfügt: Zwischen »Bund der Kinderreichen«, der so notwendig ist, und Hundekuchen, der vielleicht Devisen verschlingt, entscheidet sich Möppi für die Intentionen des »Führers«. Er stirbt, damit die Rasse seines Herrn sich vermehrt. Er hält seinen Frontabschnitt in der Bevölkerungsschlacht. Man reiche Möppi endlich das Goldene Ehrenzeichen der Partei!

## Die »totale Entwicklung«

Vom Jugendamt zum Exerzierplatz.

»Die Gemeindeführer können ihre nationalsozialistische Pflicht gegenüber der Jugend einlösen, wenn sie der totalen Entwicklung der jungen Generation ihr Hauptaugenmerk zuwenden...

Der Aufbau eines eigenen Jugendamtes der Gemeinde ergibt sich notwendigerweise aus der zahlenmäßigen Größe der Bürgerschaft und der Vielgestaltigkeit der Aufgaben. Was grundsätzlich für die Organisation der gemeindlichen Jugendpflege entwickelt wurde, gibt dem gemeindlichen Jugendamt für die Zukunft den Charakter einer HJ-Dienststelle.«

(»Die HJ«, amtliche Zeitung der Reichsjugendführung, Juli 1937.)

## Die Kunst-Kaserne

Der Führer hat das Bedürfnis, sich künftig etwas mehr von Berlin zurückzuziehen. Darum mußte auf dem Obersalsberg bei Berchtesgaden ein gut geschützter Palazzo geschaffen werden. Und damit er von dort aus regieren kann, mußte an einem Berchtesgadener Berghang ein Dienstgebäude der Reichskanzlei entstehen. Dieser Bauerei wegen wurden Bauern gegen ihren Willen von ihrem Grund und Boden verjagt. Der Umsturz verschlang gewaltige Summen — tut nix, wir habens ja, und mehr als Bankrott kann ein Staat nicht machen.

In der Hitlerpresse ist jetzt das fertige Dienstgebäude im Bilde zu sehen: ein langes Hauptgebäude, ein Nebengebäude mit Verbindungsbau. Alles im bayrischen Landhausstil, einem riesenhaften krachledernen Gutshof gleichend. Die DAZ nennt das mit zynischer Selbstverleugnung »ein bereites Zeugnis nationalsozialistischen Bauwillens«. Hilffloher kann dieser Bauwille kaum auftreten; er hat noch nicht einmal begriffen, daß Baustil nicht nur von Material und Landschaft, sondern noch mehr vom Zweck bestimmt wird. Eine Reichskanzlei aber ist kein Bauernhof. Man kennt heute ganz andere Formen, um repräsentative Gebäude der Berglandschaft anzupassen. In primitiver Art ist hier ein alter Stil mit falschen, überdehnten Dimensionen verwandt worden. Da hat die Fremdenindustrie mit ihren großen Hotels in den Bergen viel bessere, stilgerechtere Lösungen gefunden. Unter Führung des »Führers« aber wurde in Berchtesgaden eine großwahnwitzige Molkrerei im Juhu-

Stil aufgestellt. Mag Staatssekretär Lammer mit seinem Stabe drin jodeln.

Uebertriebene, aufgeblähte Maassigkeit — das ist auch das Kennzeichen des neuen »Hauses der deutschen Kunst«, mit dessen Einweihung ein überdimensionaler Rummel verbunden wurde. Ueberdehnter, klassizistischer Stil: 175 Meter lang, 75 Meter breit, ein riesiger Kasten, um den eine schematische Säulenreihe läuft. Eine aufgedunsene Nachahmung der Antike, wie der ganze Nationalsozialismus lärmende, phrasenreiche Nachahmung des Gewesenen, Rückfall in Atavistisches ist. Neu ist höchstens die zynische Vermassung der Menschen, die er feldweibelhaft betreibt. So vermaßt er auch alte Baustile ins Uebermassige, und insofern ist sein »Bauwille« immerhin Ausdruck der braunen Seelenverfassung. Gigantische Bluff-Passade, größenwahnsinnige Barbarei, hinter der sich nichts versteckt, als der wildgewordene Unteroffizier. Dem entspricht auch der Inhalt der neuen Münchener Kunst-Kaserne.

Vor der Eröffnung hat es einigen Krach unter dem Prominenten gegeben. Hitler säuberte selbst. Bilder mußten fliegen, die von Göbbels und anderen Kulturbonzen befürwortet wurden. Zu den Raugeschmissenen gehören auch einige Pgs. Leo von König mußte mit einem Porträt weichen — es stellte die Göbbels-Kinder dar. Dünkten dem Führer diese Kinder des Vasallen etwa eine unbequeme Konkurrenz? Wer kann die Seele eines Oesterreichers deuten, dem schon der Impressionismus oder eine schwafelige Wolke als »Kunstbolchewismus« erscheinen, und der nicht einmal weiß, daß Expressionismus und Impressionismus keine »Modens«, sondern alte,

in aller Welt gültige Kunstbegriffe, Kunstformen bedeuten?!

Was aber dominiert in den also gereinigten Hallen? Man sieht jetzt einige Reproduktionen in der deutschen Presse. Wir fanden in der »Preuß. Ztg.« einen Schinken des Münchener Nichtskönners Baumgärtner: »Bauern beim Essen«. Großvater, Großmutter, Mutter und Kind usw. Starr, ohne Bewegung, klischeehaft. Defregger ist daneben geradezu lebendig und originell. »Prächtiges Gemälde«, nennt das die Nazizeitung... Greifen wir zur DAZ vom 24. Juli. Vier Bilder. Hitler als Ritter hoch zu Roß, chernes Gesicht, nirgends Fett und Schwabbeligkeit. Wo bleibt hier die Wahrheit, wo die Wirklichkeit? Darf der Maler nur den Führer romantisch stilisieren und um die Nase herum kunstbolchewisieren, indes Göbbels' Kinder rausfliegen, weil sie nicht echt genug waren?! Nr. 2: »Ein Waldsee«, von Max Zaeper. Kein Detail wird dem Beschauer geschenkt, »schönes Motiv«, in den Farben bestimmt hitlerrecht, wie im Schullesebuch für Achtjährige: die Wiese ist grün, die Wolke ist weiß. Mittlere Ansichtspostkarte. Nr. 3: »Edles Blut«, von Willrich. Eine nackte Frau mit langem Haar und faadem Gesichtsausdruck. Die blasse Langweiligkeit zu Pferde. Nr. 4: »Terpsichore«, die Göttin der Tanzkunst. Ohne Ironie gesprochen: da packt den Gast das Grausen. Das »schöne Mädchen«, wie es sich ein verkrachter Anstreicher in seinen Träumen vorstellt, mit der neckischen Tanzhaltung der ersten Liebhaberin eines Vereintheaters: Hasch mich, ich bin der Frühling. Zum Abgewöhnen. Die Farbe, wie gesagt, kann man sich dazu denken.

Die Proben in der deutschen Presse sind, was Sujet und Auffassung anbelangt, vernichtend langweilig und klischeehaft. Es war höchste Zeit, daß in die deutsche Kunst »Ordnung gebracht« wurde — wie Hitler in seiner Rede konstatierte — und daß diese Ausstellung kam. Jetzt weiß man endlich, was unter neuer deutscher Kunst zu verstehen ist, während bisher die Presse noch immer um den Bankrott herum redete und so tat, als verliefere der Grenzstrich beim wilderen Expressionismus. Im Nazilager, in den Salons der Gehobenen, wo man bisher stolz auf das impressionistische Original an der Wand verwies, gibt es Gemecker und allgemeines Schütteln des Kopfes. So schlimm, so banalisch hatte man sich die »neue Kunst« nicht gedacht. Am neuen Münchener Riesensteinbaukasten wird ein Riß, ein Kunstriß sichtbar — er geht mitten durchs Nazilager.

## Verjudete Festspiele

Bei den Münchener Festspielen wurde Mozarts »Don Giovanni« aufgeführt... Dazu schreiben die »Münch. N. N.« (Nr. 197), nach einer Verbeugung vor Mozarts deutschem Geist:

»Die Mozartforschung hat nachgewiesen, daß die Stoffwahl des Don Giovanni wohl von Mozart selbst ausgegangen ist. Seine Beschäftigung mit dem Ballett »Don Juan« von Gluck, das demnächst in München aufgeführt wird, wird schon während der Arbeit am Figaro angenommen. (Wobei zu berücksichtigen wäre, daß sich der weltliterarische Stoff des »Don Juan« überdies der großen Beliebtheit des Zeitalters zu erfreuen hatte.)

## Greuelpropaganda

Der »Deutsche Reichstag«, dieser bestbezahlteste, wenn auch schlechteste und faulste Gesangsverein der Welt, gibt seine Vorstellungen unter seinem Schmierer-Dirigenten noch immer in der Krolloper und nicht im Reichstagsgebäude, diesem flammenden Zeichen am Beginn der deutschen Nacht. Denn noch immer liegt der Sitzungssaal als Brandruine eines Nazi-Verbrechens im alten Zustande. An der Stirnseite des Hauses steht: »Dem deutschen Volke«. Aber die Verantwortlichen für die deutsche Nacht wollen das Haus seiner Bestimmung nicht wieder zuführen, denn jeder, der dort eingeht, würde nach den »unentdeckten« und doch allgemein bekannten Brandstiftern fragen. Nur das Kuppeldach ist wieder hergestellt. Der Sitzungssaal wird aber immer noch naiven, und auch anderen Besuchern als bolschewistische Schandtat vorgeführt.

Wenn dem baulichen Wahnsinn des »Führers« nicht bald Einhalt geboten wird, dann verschwindet im Zuge der geplanten Prachtstraße das ganze Reichstagsgebäude und deshalb leben die Brandstifter in der Hoffnung, daß mit dem Brandmal auch die Erinnerung daran beseitigt wird. Doch das ist eine Möchtegern-Täuschung des schlechten Gewissens.

## Sittlichkeitsprozeß, aber nicht gegen Geistliche

Der Hausmeister in der Gemeindeschule in Berlin-Britz, Onkel-Brüsig-Straße, wurde nach dem Ausbruch des Dritten Reiches entlassen und durch einen Pj = Postenjäger, SA-Mann ersetzt. Dieser alte und rauhe Kämpfer gegen Marxismus und Korruption benutzte sein Amt, um die Reinsmacherfrauen in der Schule mit unsittlichen Anträgen und Angriffen zu verfolgen. Die Schulverwaltung betrog er jahrelang dadurch um erhebliche Summen, da er sich von den Frauen bei der Lohnzahlung Blankoquittungen unterschreiben ließ und nachher falsche Beträge einsetzte. Außerdem verging sich der Kerl auch noch an zahlreichen Schülerinnen. Ende Juni wurde der Nazi zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt.

## Neudeutsche Familie

Rüdiger übt am Fahrtenmesser.

In einer jener Schilderungen, die das frische Blühen der deutschen Familie im Zeichen der stählernen Romantik zum Gegenstand haben, lesen wir im »Angriff«:

»Nach dreieinhalb Jahren ging Mutter ins Krankenhaus. Plötzlich sagte uns Vater, Jutta habe zum Troste der Mutter ein Brüderlein heruntergeschickt; die Schwester im Stift habe den Kleinen hoch in die Luft gehalten und ihm einen Klaps gegeben, daß er laut Bäh! gerufen habe und so ins Leben getreten sei. Das war genau an Hitlers Geburtstag, am 20. April 1934.

Nun ist es schon zwei und dreiviertel Jahre her, daß Rüdiger da ist, und wir singen wieder, und es ist wie früher: wenn einer bei uns zur Türe hereinkommt, fällt er über ein Holzpferd oder stolpert über

Warum das Gerede? Warum wird der Librettist nicht einfach genannt? Die Mozartforschung hat nicht umhin gekonnt, festzustellen, daß der Textdichter des Werkes, Lorenzo Da Ponte, ein Jude ist. Auch das »Fest der deutschen Kunst« konnte also nicht ganz ohne Juden auskommen.

## Auch ein Märchen

Im Dritten Reich ist ein kleiner, scheinbar nebensächlicher Reisebericht erschienen, geschrieben von einem Mädchen, betitelt: »Wir wollen unseren Führer sehen.« Es berichtet von der Odyssee zweier junger Hamburgerinnen, die in nationalsozialistischem Uberschwang zu Hitler pilgerten, bepackt mit dem Rucksack, einem Buch darin und wenig Geld. Dieses Buch behandelt Richard Wagner, Verfasser ist der verstorbene Vater des einen Mädchens. Dieses Buch wollten sie dem Führer überreichen.

So beginnt mitten im Winter eine Wanderung nach Berchtesgaden, die teils zu Fuß verläuft, teils im Wagen freundlicher Autofahrer. In Berchtesgaden erfahren sie, daß der Führer in Berlin weilte. Sie huckten die Rucksäcke wieder auf, machten sich wieder auf den Weg und steuern Berlin an... Lassen wir den Berliner Schluß von der »Köln. Volksztg.« erzählen, die den Schluß in der Rezension des Reiseberichtes mit vorsichtiger Kürze formuliert:

»Auch hier warten sie tagelang, erreichen aber eine Vertröstung des Adjutanten Brückner, kehren vor Weihnachten nach Hause zurück, um im Frühjahr wieder loszuziehen. Zwar erhalten sie keine Audienz beim Füh-

# Die Flucht vor dem Volksempfänger

Der billige Volksempfänger, den die deutsche Radioindustrie vor drei Jahren auf Veranlassung der Nationalsozialisten herausbrachte, sollte die Göbbelspropaganda in die Hütten der Armen tragen, ohne ihnen gleichzeitig die Möglichkeit zu geben, andere Sender als die Liegenstationen des deutschen Rundfunks zu hören. Darüber hinaus rühmten ihn die nationalsozialistischen Wirtschaftspolitiker als eine Erfindung, die ihnen ermöglicht habe, die Rundfunkindustrie als erste auf die Dauer über die Wirtschaftskrise hinweggebracht zu haben.

Der Volksempfänger war als Millionenartikel gedacht, durch den die Rundfunkindustrie dauernd in der Konjunktur gehalten werden und der außerdem Deutschland zu dem rundfunkdichtesten Land der Erde machen sollte.

Die Entwicklung ist auch in diesem Punkte anders gegangen, als die Wirtschaftspropheeten Hitlers es vorausgesagt haben. Nicht zufällig befanden sich unten den Opfern des Krachens, der vor zwei Jahren die Rundfunkindustrie heimsuchte, gerade jene Firmen, die sich um die Einführung des Volksempfängers besonders »verdient« gemacht hatten.

Trotz aller Anstrengungen der Nationalsozialisten hat die Rundfunkindustrie bis heute noch nicht den Anschluß an den Konjunkturaufstieg gefunden. Die Produktion und der Absatz des Volksempfängers

einen Ball. Er ist ein Blondkopf und hat blaue Augen, und wenn im Rundfunk Marschlieder erklingen, muß ich ihm Vaters Hakenkreuzbünde an den Arm stecken und Wolfsgangs Fahrtenmesser umhängen (keine Angst! er kriegt es nicht auf). Dann schreitet er um den Tisch herum und singt, die Hand erhoben: »Deutschlands Jugend marschier! Heil mein Führer!« Und Vater singt auch, die Pfeife im Mund, eintönig immer dasselbe, vergnügte Lied, damit der Krümel im Takte bleibt: »Der macht uns so viel Freude!

Man darf diese Idylle nicht durch respektlosen Kommentar beflecken. Die Entwicklung Rüdigers in seinen ersten drei Lebensjahren hat bewiesen, daß er die peinliche Entgleisung, am Tage seiner Geburt und am Geburtstag seines Führers schlicht Bäh! zu rufen, in jedem Betracht wieder gutgemacht hat.

## »Kein kluger Politiker hat...«

Die »Deutsche Wochenschau« zerbricht sich Göbbels' Kopf, wie man die »heute noch abseitsstehende« gewinnen könne und meckert bei dieser Gelegenheit munter:

»Kein kluger Politiker hat jemals, wenn er z. B. einen Generaldirektor überzeugen wollte, einen Stallburachen zu ihm geschickt, es sei denn, daß er gemeint hätte, Brachialgewalt allein könnte Geist und Ueberzeugungskraft

rer selbst, aber im Augenblick, als sie die Reichskanzlei verlassen, sehen sie ihn im Auto aus dem großen Tor herausfahren. Das Werk, um dessentwillen sie diese zweimalige Fahrt machten, ist in Berlin geblieben mit dem Versprechen der Weitergabe an den Führer. — Aus losen Tagebuchblättern ist hier ein unbeschwertes Wanderfahrtenbuch geworden, das jungen Lesern sicherlich gefallen wird.«

Wird es den jungen Lesern wirklich gefallen, oder werden sie nicht trotz der harmlosen Form des Wanderberichts über verschiedene Unebenheiten stolpern? Denn diese Irrfahrt ist merkwürdiger, als die Gestapo erlauben sollte. In Berchtesgaden sagt den zwei Nazinnen niemand, daß es für unbekannte Pgs schwer ist, zum Führer vorzudringen. In Berlin vertröstet sie der Adjutant, macht ihnen neue Hoffnungen, schickt sie wieder auf Tour, vertröstet auf das Frühjahr. Sie kommen im Glanze des Frühlings wieder, werden abermals vertröstet und wieder nicht vorgelassen. Wieder sagt ihnen niemand klaren Bescheid. Nicht einmal das Werk über seinen Heros Richard Wagner öffnet die Tür zum Führer. Es wird »mit dem Versprechen des Weitergebens« in der Kanzlei abgelegt, aber dafür sehen sie »ohne gerade mit dem Auto zum Tore hinaus fahren... Kann man sich vorstellen, daß dieses Schindluderspiel mit zwei Mädchen in der Demokratie möglich gewesen wäre?

Die beiden Nazinnen sind trübe Opfer der braunen Presse. Wie oft haben sie dort den Führer im Bilde, umringt von Volk, leutselige Händedrucke nach allen Seiten teilend. Oder auf dem Bahnhof, dem angesammelten Publikum aus dem Fenster zuwinkend

ist in den letzten zwei Jahren erheblich zurückgegangen und die Entwicklung in den ersten fünf Monaten des laufenden Jahres läßt keinen Zweifel darüber zu, daß 1937 ein noch geringerer Umsatz in Volksempfängern zu verzeichnen sein wird.

1934 konnten mit Hilfe eines das ganze Reich überspannenden Absatzapparates 824.000 Stück verkauft werden. Auch das war nur möglich, weil die Firmen, die öffentlichen Unternehmungen und Behörden ihre Arbeiter und Angestellten vielfach zum Kauf eines Volksempfängers zwangen und die Kaufsumme einfach in Raten vom Löhne abzogen.

Schon im folgenden Jahre ging der Verkauf von Volksempfängern um 213.000 Stück oder um mehr als 25 Prozent zurück. Von 1935 zu 1936 ist eine abermalige Verminderung um 33 Prozent auf 411.000 eingetreten. Und nach dem Verkauf vom Januar bis Mai 1937 ist mit einem neuen Rückgang von ungefähr dem gleichen Ausmaß auch in diesem Jahr zu rechnen.

Die in dieser Entwicklung zum Ausdruck kommende Ablehnung des Volksempfängers richtet sich gleichzeitig gegen den Göbbelschen Lügenrundfunk. Diese Tatsache wird unterstrichen

ersetzen. Zum Geheimnis der Form gehört auch naturgemäß die Wahl der richtigen Persönlichkeit, der man eine Aufgabe anvertraut. Apostel einer Idee sollen feurig sein, aber niemals leere Polterer. Und vor allem gehören Liebe und Verständnis für diejenigen dazu, die man überzeugen will! Und Vorbedingung für Liebe und Verständnis sind Reife und Erfahrung, das heißt: menschliche Ueberlegenheit. »Nur ein Herz kann Herzen gewinnen« sagt der Rembrandt-Deutsche.«

Und am besten geschieht dies im Konzentrationslager — sagt der Hitler-Deutsche.

## Gleichschaltung des Steckbedens

Die Gestapo überwacht auch die Krankenstuben.

Ämtliche Mitteilung in den reichsdeutschen ärztlichen Fachorganen — Zeitpunkt Juni 1937:

»Das bisher im Verlag von Julius Springer erschienene »Krankenpflegebuch«, das bei der Ausbildung der Krankenpflegepersonen zu benützen und bei ihrer Prüfung zugrundegelegt ist, wird im Auftrag des Reichs- und preußischen Ministers des Innern vom Reichsausschuß für Volksgesundheitsdienst neu bearbeitet, damit es den Anschauungen und Forderungen des nationalsozialistischen Staates nach jeder Richtung hin

und zuläufig. Erst eine Irrfahrt durch Deutschland belehrte die Mädchen, daß diese gestellte Bilder sind, von der Gestapo überwacht oder da und dort plötzlich entstanden. Aber vorbereiteter, angemeldeter Weise dringen nur siebenfach gesiebte Leute zum Führer vor, sonst »könnte ja jeder kommen« — und könnte plötzlich verbotene Blumen werfen. Die beiden Hitlererben mußten erkennen, daß sie bisher an ein Märchen glaubten, an das Märchen nämlich, Führer und Volk seien miteinander wirklich so verbunden, wie das die neudeutsche Presse glauben machen will.

## Der Film — total vergöbbelst!

»Aufbruch der Nation« im Kino

Einer so angesehenen Zeitschrift, wie sie einmal »Der Kunstwart« war, so lange sie Avenarius lenkte — jetzt, in ihrem fünfzigsten Lebensjahr, das sie unter der Gleichschaltung wahrhaftig nicht weiser und nicht angesehener gemacht hat, heißt sie anspruchsvoller »Deutsche Zeitschrift« — sind aus dem Text einer einzigen Film-Rundschau folgende Bemerkungen und Feststellungen zu entnehmen, die klarlegen, welche Rolle Göbbels der »immer-Leinwand« im Dritten Reich im Zusammenhang mit den Bedürfnissen seines Reichsministeriums zugewiesen hat:

1. »Ganz aus eigener Kraft stößt der neue Film »Der Herrscher« nun vor ins Gebiet der gegenwärtigen nationalökonomischen Ideen des Vierjahres-

durch den Rückgang des Absatzes auch der Markenapparate.

Die Schwierigkeiten, das deutsche Volk zu Zwangshörern des Göbbelrundfunk zu machen, sind doch größer, als die Nationalsozialisten angenommen haben. Noch immer nicht ist Deutschland das rundfunkdichteste Land. Vielmehr steht es mit dem Anschluß von nur 48 Prozent der Haushaltungen hinter England mit 65 Prozent und hinter den Vereinigten Staaten mit 78 Prozent weit zurück!

Da 1936 auch der Export von Rundfunkgeräten weiter zurückgegangen ist, setzte sich im gleichen Jahre die Verminderung der Produktion und der Beschäftigung fort. Im Vergleich zu 1934 war die Beschäftigung im vorigen Jahre um mehr als 25 Prozent niedriger. Nachdem die Niederlage mit dem Volksempfänger offenkundig ist und weite Kreise lieber überhaupt auf jeden Rundfunk verzichten, wenn sie nur die Göbbelsproduktion hören sollen, hat sich die deutsche Rundfunkindustrie wieder auf die Produktion von hochwertigen Apparaten umstellen dürfen. Mit Hilfe des Auslandes hofft sie, aus der Krise herauszukommen, in die sie die nationalsozialistische Rundfunkwirtschaft und der lawinenartige Niedergang von Kunst und Kultur im Dritten Reich hineingestürzt haben.

Rechnung trägt. Den staatlich anerkannten Krankenpflegeschulen wird daher empfohlen, etwa notwendig werdende Bestellungen des Lehrbuches so lange hinauszuschieben, bis die Neubearbeitung, die im Verlag von Georg Thieme, Leipzig, in Kürze erscheinen wird, herausgekommen ist.«

Alle in naher und ferner Zukunft noch zu operierenden Blindkärme Hitlerdeutschlands werden dem Führer den schuldigen Dank dafür wissen!

## Das Riesengeschäft

Der Bremische Senator für das Bildungswesen hat — so berichtet das Amtblatt des Reichserziehungsministers — einen ebenso interessanten wie richtungweisenden Erlaß herausgegeben. Er hat bestimmt, daß künftig allen Schülern und Schülerinnen bei den Schulentlassungsakten ein Ahnenpaß mit einer Widmung des Klassenlehrers und des Schulleiters überreicht werden solle. Da die Anschaffung eines solchen Ahnenpasses ohnehin von den meisten Familien verlangt wird, bringen die Kinder also eine Doublette nach Hause. Als Zugabe zu Hitlers »Mein Kampf«, den man ihnen gewöhnlich auch in die Hand drückt. Und diese Zugabe ist sehr sinnig, denn sie wird — genau wie »Mein Kampf« — vom Eher-Verlag hergestellt. Bezahlen darf die »öffentliche Hand«.

planes, der nationalen Autarkie und einer der Gesamtheit verantwortlichen Wirtschaftsführung mit entsprechender Erbfolge; sie finden in Jannings eine Vertretung von so eindringlicher Wucht, daß usw.«

2. »Dieser Gefahr, die ihn in einer anderen Weise bedroht, scheint Louis Trenker in seinem neuen Film »Condottieri« nicht immer ganz entgangen zu sein; es ist zweifelhaft, ob eine solche unmittelbare Uebertragung der modernen Nationalstaatsideen in die Kämpfe der Renaissance sich nicht doch allzusehr von allen historischen Möglichkeiten entfernt usw.«

3. »... sind zwei weitere Filme, die der nationalen Idee dienen, ganz auf die psychologische Entwicklung und entscheidende Wandlung des tragischen Helden aufgebaut («Ritt in die Freiheit» und »Menschen ohne Vaterland«).

Wir glauben: das genügt, um klar zu machen, warum die deutschen Filmstars jedes Mal nach Wien gehen müssen, wenn sie Wert darauflegen, an einem Film mitzuwirken, der im Inland nicht vor isauer gähnenden »Volksgenossen« und im Ausland überhaupt abgerollt werden kann. Wenigstens berichtet so seit geraumen die internationale Film- und nach dem, was der »Kunstwart« an Stichproben hier serviert, klingt das mehr als glaubwürdig. Schließlich spüren die Deutschen den Vierjahresplan bereits genügend auf ihrem Butterbrot und außerhalb Deutschlands möchte man sicherlich für gutes Eintrittsgeld etwas sehen, aber nicht eine üble Instruktionsstunde für angehende SS-Leute im Kino erhalten.

# Arbeitermangel oder Rohstoffnot

## Unterstützungsraub an 50.000 Kurzarbeitern

In der »Deutschen Arbeits-Korrespondenz« von 6. Juli stellt Präsident Wagemann vom Institut für Konjunkturforschung die Frage: »Werden die Arbeitskräfte reichen?« Nach seiner Statistik sind von den Ende Mai gezählten 776.000 Arbeitslosen nur noch etwa 500.000 »einsatzfähig«. Da außerdem gegenwärtig ständig mehr als 1,5 Millionen Arbeiter ihren Arbeitsplatz wechseln, also vorübergehend als arbeitslos gelten, so schätzt Wagemann die wirklich Arbeitslosen nur noch auf weit weniger als 500.000. Im ganzen kommt W. zum Ergebnis, daß das Dritte Reich eine Arbeitslosigkeit nicht mehr kennt, sondern nur noch einen Arbeitermangel und den würde man schon zu überwinden wissen. Die Umschulung soll besonders organisiert werden, die örtliche Verpflanzung der Arbeiter in andere Bezirke wird eifrig betrieben.

Während so Präsident Wagemann den deutschen »Arbeitermangel« als das einzige bestehende Arbeitsmarktproblem hinzustellen versucht, schreibt sein Kollege Präsident Syrup von der Reichsanstalt in derselben DAK am 8. Juli von einer radikalen Einschränkung der Kurzarbeit wegen unlösbaren Rohstoffmangel.

Die bisherige Kurzarbeiterunterstützung wird allen ledigen und alleinstehenden Kurzarbeitern unter 30 Jahren völlig entzogen. Syrup will nicht bestreiten,

»daß diese Verordnung tief in das Arbeitsleben und Wirtschaftsleben der davon betroffenen Industrien eingreift.«

Es wird dann amtlich bestätigt, daß die Textil-, Schuh- und Lederindustrien weit über 100.000 Kurzarbeiter beschäftigt, von denen rund 50.000 unter die ledigen unter 30 Jahren entfallen, davon wieder etwa die Hälfte weibliche Arbeitskräfte.

Während Herr Wagemann nur noch die Gefahr eines Arbeitermangels sieht, schreibt Herr Syrup etwas ängstlich:

»An sich will die Tatsache, daß angesichts der außerordentlichen Anspannung aller deutschen Arbeitskräfte, wie sie durch den zweiten Vierjahresplan verlangt wird, überhaupt noch Kurzarbeit vorhanden ist, sehr wenig in das gegenwärtige Bild der deutschen Wirtschaft passen. Ihr Vorhandensein ist aber auf besondere Verhältnisse zurückzuführen, die im wesentlichen durch Eigenart unserer Rohstoffversorgung bedingt werden.«

Hier wird amtlich, wenn auch in der gewundenen Sprache eines gleichgeschalteten Präsidenten eingestanden, daß selbst die weitgehende Betriebseinschränkung, die sich aus der Zahl von 100.000 Kurzarbeitern zeigt, nicht mehr aufrecht erhalten werden kann. Die Rohstoffnot hat einen Grad erreicht, der dazu zwingt zunächst die Hälfte der Arbeiter und Arbeiterinnen, durch die Entziehung der Kurzarbeiterunterstützung zu zwingen, einen Berufswechsel vorzunehmen. Die DAK kündigt an, daß mit der Unterstützungssperre die »noch elastischen Kräfte« aus den betreffenden Industrien herausgezogen und umgeschult werden sollen. Die Umschulung besteht darin, daß die jugendlichen Textil- und Lederarbeiter in die Landwirtschaft und den Straßenbau gepreßt werden. Wie bei diesem Vorgehen die Schaffung des fachlichen Nachwuchses zu beurteilen ist, gibt wiederum Herr Syrup selbst zu, indem er schreibt:

»Die Textilindustrie klagt ohnehin über eine leichte Überalterung ihrer Gefolgschaft. Werden ihr nun in Auswirkung dieser Verordnung erneut die jüngeren Kräfte entzogen, so kann die Überalterung zu einem ernsthaften Problem werden, das auch die Wachstumsfrage empfindlich berührt.«

Was tut — für Textil-, Leder-, Schuhindustrie, wie überhaupt die Verbrauchsgütererzeugung gibt es im Dritten Reich weder Devisen noch Rohstoffe. Die nationalsozialistische Produktion dient einzig und allein dem Krieg.

Die aus der Kurzarbeiterunterstützung herausgeworfenen Arbeiterinnen sind noch über daran. Tausende von verheirateten Textilarbeiterinnen sind berufsfähig, weil die Arbeitslochkommen der Männer zu niedrig sind, um damit die Lebenshaltung der Familie bestreiten zu können. Sie sollen, wenns nicht reicht, Stellen als Reinmachefrauen annehmen oder soweit sie ledig sind Hausangestellte werden. Im übrigen wird sie der »Arbeitsdienst« versorgen.

Herr Syrup spricht den beraubten Kurzarbeitern Trost zu, indem er sie bemißleidet:

»Ganz gewiß verlangt die Regelung von vielen davon betroffenen Arbeitern ein Opfer, das nicht immer leichten Herzens gebracht werden wird. Aber auch die Betriebe werden vor nicht leicht zu lösenden Aufgaben gestellt.«

Die Betriebe haben aber schon bisher das Risiko der Betriebseinschränkung auf die

kurzarbeitenden Belegschaften abgewälzt. Für die in den Betrieben verbleibenden verheirateten, männlichen Kurzarbeiter, die mindestens einen zuschlagberechtigten Familienangehörigen zu unterhalten haben, die also weiter Unterstützung beziehen, ist noch eine Verschlechterung eingeführt worden. Die Vorarbeit, die bei gesetzlichen Feiertagen geleistet wird, wurde bisher auf die Unterstützung angerechnet. Wenn es sich jedoch bei Wochenfeiertagen um Ausfalltage handelte, an denen ohnehin nicht gearbeitet worden wäre, so durfte keine Anrechnung auf die Unterstützung erfolgen. Nun hat die Reichsanstalt neben den gesetzlichen Feiertagen die Teilnahme an den Veranstaltungen von »Kraft durch Freude« ebenfalls in die Anrechnung mit einbezogen, soweit für die Fahrten und Feste eine Vor- oder Nacharbeit geleistet wird. Es heißt:

Wenn Arbeitsstunden, die wegen einer Teilnahme an einer KdF-Fahrt ausgefallen sind, vor- und nachgearbeitet wurden, so sind sie bei Ermittlung der in der Doppelwoche geleisteten Gesamtzahl von Arbeitsstunden in Ansatz zu bringen.«

Es kann also zum Ausgleich dieser »Freudenfeste«, bei denen die Teilnahme als Zwang gilt, vorher oder nachher beliebige Überarbeit verlangt werden, die nicht nur ohne Überstundenzuschlag zu leisten ist, sondern obendrein Anlaß zur Kürzung der Kurzarbeiterunterstützung im Gefolge hat.

Die Reichsanstalt appelliert zum Schluß an die Rohstoffverteilungsstellen, künftig ihre Zuteilungen nach Möglichkeit gleichmäßiger vorzunehmen, da ja die Stabilität der Beschäftigung »zu den wichtigsten sozialpolitischen Problemen des Staates gehört«. Die enteigneten Kurzarbeiter werden sich für diese Deklamationen kaum etwas kaufen können.

Was aber sagt Herr Wagemann zu dieser verhängnisvollen Maßnahme seines Kollegen, der eigentlich den Arbeitsmarkt kennen muß. Wagemann spricht von dem Zustrom der bisher »unsichtbaren Arbeitslosen« in die Betriebe.

»Je besser nämlich die Beschäftigungsmöglichkeiten sind, desto mehr Arbeitskräfte werden angezogen, die sonst nicht als Arbeiter und Angestellte arbeiten möchten.«

Wenn die Rohstoffnot noch einige Zeit anhält — und bei der Außenhandelspolitik des Dritten Reiches ist nur eine Verschärfung zu erwarten — dann braucht sich Herr Wagemann seinen Januskopf wegen Arbeitermangels und wegen allzu starker Beschäftigungsmöglichkeit nicht länger zu zerbrechen.

## Stagnierende Ölproduktion

Mit einem großen Aufwand an finanziellen Mitteln hat die Hitlerregierung vor drei Jahren mit der Erschließung neuer Oelfelder in Deutschland begonnen. Die Reklame, mit der dieser »wichtige Schritt« zur Selbstversorgung in Treibstoffen getan wurde, war freilich noch gewaltiger.

Inzwischen ist es um diese »hervorragende wirtschaftliche Tat« der Nationalsozialisten ganz still geworden. Der Grund für diese auffällige Bescheidenheit? Obwohl in allen Gegenden Deutschlands nach Oelquellen gebohrt worden ist, obwohl viele Millionen Reichsmark dabei vergeudet worden sind, konnte die deutsche Oelproduktion nur ganz unwesentlich gesteigert werden. Für die verschleuderten Millionen hätte eine viel größere Menge Oel aus dem Ausland bezogen werden können.

Nun scheint es gar, als ob die bescheidene Mehrproduktion wieder völlig verlorengehen sollte. In den ersten fünf Monaten 1937 ist die deutsche Rohölproduktion niedriger als in der gleichen Zeit der beiden letzten Jahre.

Es betrug die Rohölherzeugung Deutschlands:

	1937	1935
Januar	37.900 t	40.100 t
Februar	33.300 t	30.900 t
März	35.000 t	38.500 t
April	35.600 t	33.400 t
Mai	35.200 t	39.900 t

Mit Ausnahme der Monate Februar und April liegt demnach die monatliche Oelproduktion wesentlich tiefer als 1935! Die vielen Millionen Reichsmark sind also wieder einmal — wie so oft schon! — gänzlich nutzlos vertan worden!

## Die »sozialen« Kapitalisten

Die Nationalsozialisten haben angeordnet, daß die Unternehmer in ihren Jahresberichten Angaben über ihre sozialen Leistungen zu machen haben. Damit will das Regime den »deutschen Sozialismus« demonstrieren, von dem die Arbeiterschaft nirgends etwas zu spüren vermag.

Von den Unternehmern wird dieser Weisung gern entsprochen und sie lassen alle Zahlen aufmarschieren, selbst wenn der Betrag in keiner Weise für soziale Zwecke oder für die Arbeiterschaft aufgewendet wurde. Nicht nur die Winterhilfe, sondern auch die Adolf-Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft wird als soziale Leistung verbucht, desgleichen die Ausgaben für Erneuerung bestimmter Betriebsräume oder für die Herrichtung gewisser Teile der Fabrikanlagen. Und selbstverständlich fehlen die Beiträge, die »Kraft durch Freude« erhält irgend eine andere nationalsozialistische Institution.

Das alles wird dann als »freiwillige soziale Leistungen« ausgewiesen. Charakterisiert das ganze Vorgehen schon genügend den »deutschen Sozialismus«, so erscheint die soziale Gesinnung der deutschen Unternehmer in einem noch grelleren Lichte, wenn man die Beträge für »freiwillige soziale Leistungen« anderen Posten der Bilanz gegenüberstellt. Vor uns liegt ein Auszug der Pöttler Werkzeugmaschinen-AG in Leipzig. Sie gibt ihre freiwilligen sozialen Leistungen für 1936 mit 210.000 RM an. Selbst wenn diese 210.000 RM gänzlich im Interesse der Arbeiter- und Angestelltenschaft verwendet worden wären, würde auf einen Mann nicht eben sehr viel entfallen, denn das Unternehmen beschäftigt annähernd 2000 Arbeiter und Angestellte. Da kommen die Mitglieder des Aufsichtsrates und des Vorstandes schon besser weg. Die Gesamtbezüge dieser Herren — es dürften kaum mehr als 12 sein — haben in dem gleichen Geschäftsjahr insgesamt 190.000 RM betragen. Demnach fast ebenso viel, wie die angeblich freiwilligen sozialen Leistungen betragen. Was die Herren nebenher noch erhalten haben, ohne daß es in ihre Bezüge eingerechnet worden ist, das ist nicht bekannt.

Solche Beispiele, die belegen, daß die Aufsichtsratsmitglieder eines Unternehmens mindestens ebenso viel, meist aber noch mehr an Bezügen erhalten, als das Unternehmen an sozialen Leistungen für die ganze, mehrere tausend Mann zählende Belegschaft aufwendet, ließen sich in langer Reihe anführen. Sie dokumentieren, was die Nationalsozialisten mit ihrem »deutschen Sozialismus« meinen.

## Zahnkronen im Urwald

Was die deutsche Wissenschaft vor 3000 Jahren vermochte.

Vor kurzem jubelte die deutsche Presse besonders penetrant. Endlich sei der bündige Beweis dafür erbracht, daß die alten Germanen schon vor 3000 Jahren hochzivilisiert und der gesamten nichtnordischen Welt turmhoch überlegen gewesen seien. Was haben die italienischen Blätter zu schreiben gewagt, als Führer und Duce gerade mal mit einander verkracht waren? Die Römer hätten Marmorbäder schon für eine Selbstverständlichkeit gehalten, als die Vorfahren der Berliner noch wie die Affen auf den Bäumen saßen! Ha, jetzt sollten sie sich grün ärgern, die Achsenbrüder. In Aschaffenburg, so schwärmten die Blätter, sei ein Hügelgrab aus der Hallstattzeit freigelegt worden. Dabei habe man »aufachenerregendes« frühgeschichtliche Funde gemacht, unter anderem sieben Zahnkronen aus Bronze, »die einen stichhaltigen Beweis für die zahnärztliche Kunst unserer frühesten Vorfahren erbringen«.

Die deutschen Professoren sind von der Presse des Herrn Görbbels manches gewöhnt. Aber dies war selbst ihnen zu viel. Wer soll noch wagen, zu wissenschaftlichen Tagungen ins Ausland zu fahren, wenn man gewärtigen muß, daß einem dort ein derart blühender Blödsinn unter die Nase gerieben wird? Und so setzten die Bestürzten das folgende Dementi durch (wir zitieren nach der »Kölnischen Volkszeitung« Nr. 200):

»Wie uns von wissenschaftlicher zahnärztlicher Seite mitgeteilt wird, handelt es sich hier ganz offensichtlich um einen Irrtum. Wahrscheinlich sind die Zähne in der Erde — vielleicht infolge elektrolytischer Vorgänge — mit Metallsalzen inkrustiert worden. Wenn dann die darunter liegende natürliche Zahnschubstanz im Laufe der vielen Jahre aufgelöst und verfallen ist, bleiben die nach der Zahnkrone geformten Metallkrusten übrig und erwecken den Eindruck, als ob man es mit von Menschenhand hergestellten Zahnkronen zu tun hätte. Das dürfte die einzig mögliche naturgemäße Erklärung der Aschaffenburg-Zahnkronen sein.«

Es bleibt dabei — sie haben auf den Blumen gesessen. Und jetzt behaupten sie selbst, sie hätten die Kulturstufe ihrer Ahnen annähernd wieder erklommen.

## Unverständene Hilfsarbeiter

Das Propagandaministerium hat bekanntlich ein paar Regierungsräte auf acht Wochen zu »Hilfsarbeitern« ernannt. In den Betrieben scheinen die Herren nicht die nötige Bewunderung erregt zu haben. Denn Regierungsrat Schlecht, auch so ein »Hilfsarbeiter«, beklagte sich in der deutschen Presse (Zitat aus der »Preußischen Zeitung« Nr. 203),

»daß es noch eine gewisse Menschen-sorte gebe, die mit zweideutigem Lächeln bemerke, es müsse doch eigentlich schlecht um die Volksstimmung stehen, wenn Dr. Görbbels seine engen Mitarbeiter unter die »einfachen Arbeiter« schicke.«

Entrüstet verteidigt der regierungsrätliche Proletarier seinen Chef:

»Diesen reaktionären Schwätzern sei zu erwidern, daß es der Nationalsozialismus nicht nötig habe, und niemals nötig haben werde, seine Beauftragten unter das Volk zu mischen, um eine sogenannte Volksstimmung zu erkunden oder aufzumöbeln. Die Maßnahme von Dr. Görbbels, die heute zu einer ständigen Einrichtung des Propagandaministeriums geworden sei und die sich bereits glänzend bewährte, solle einzig und allein bezwecken, die mit der Volksaufklärung und Propaganda beauftragten Männer in lebendiger Fühlung und in ständigem Kontakt mit der werktätigen Bevölkerung zu halten.«

Acht Wochen lang sind die Herren »in ständigem Kontakt«, und wenn sie in der übrigen Zeit ihres Lebens nicht völlig »außer Kontakt« wären, würden sie die acht Reklamewochen gar nicht inzerieren — im richtigen Gefühl für die Lächerlichkeit der Sache.

## Brave Kinderden

»Frisches Brot gehört zu den stärksten Versuchungen, die der Alltag an den Bürger herantragen kann. Es gibt nicht viele Menschen, die dem Reiz einer Schnitt Brot, die noch warm vom Backofen ist, mit Charakterstärke widerstehen können...

Vernunft und Erfahrung müssen vor einem frischen Stück Brot kapitulieren, denn wir Menschen sind feilbar.

Es gibt Versuchungen, die den Menschen vorbeugendeweise aus dem Wege geräumt werden müssen; besser, er begegnet ihnen nie, und jede Gelegenheit, mit ihnen zu kämpfen, wird ihm genommen. Ja, es ist besser, den Wasserschuh zuzulassen, wenn deine Kinder Gurkenwästel gegessen haben, als ihrer Vernunft zu vertrauen.

Es ist also eine Verordnung von oben gekommen, die das backofenwarme Brot in Acht und Bann erklärt...

Dem uferlosen Hinunterschlängen von warmen Brotschnitten, das nicht nur uns, sondern auch der Volkswirtschaft nicht gut bekommt, ist also durch jene kerngesunde Verfügung des Reichsernährungsministeriums ein Riegel vorgeschoben worden.«

»Kölnische Volkszeitung« Nr. 200.

## Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn; Druck: »Graphia«; alle in Karlsbad. Zeitungstarif bzw. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933. Printed in Czechoslovakia. Kontrollpostamt: Poštovní úřad Karlovy Vary 3. — Aufgabepostamt Karlsbad 3.

Der »Neue Vorwärts« kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR Kč 1.40 (für ein Quartal bei freier Zustellung Kč 18.—). Preis der Einzelnummer im Ausland Kč 2.— (Kč 24.— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0.30 (3.60), Belgien: Belg. Frs. 2.45 (29.50), Bulgarien Lew 8.— (96.—), Danzig Guld. 0.45 (5.40), Deutschland Mk. 0.25 (3.—), Estland E. Kr. 0.22 (2.64), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Frs. 1.50 (18.—), Großbritannien d. 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0.15 (1.80), Italien Lir. 1.10 (13.20), Jugoslawien Din. 4.50 (54.—), Lettland Lat. 0.30 (3.60), Litauen Lit. 0.55 (6.60), Luxemburg B. Frs. 2.45 (29.50), Norwegen Kr. 0.35 (4.20), Oesterreich Sch. 0.40 (4.80), Palästina P. Pf. 0.020 (0.216), Polen Zloty 0.50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—), Schweden Kr. 0.35 (4.20), Schweiz Frs. 0.30 (3.60), Spanien Pes. 0.70 (8.40), Ungarn Pengö 0.35 (4.20), USA 0.09 (1.—).

Einzahlungen können auf folgende Post-scheckkonten erfolgen: Tschechoslowakei: Zeitschrift »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Prag 46.149. Oesterreich: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Wien B-198.304. Polen: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Warschau 194.797. Schweiz: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Zürich Nr. VIII 14.697. Ungarn: Anglo-Czechoslovakische und Prager Creditbank Filiale Karlsbad, Konto »Neuer Vorwärts« Budapest Nr. 2029. Jugoslawien: Anglo-Czechoslovakische und Prager Creditbank, Filiale Belgrad, Konto »Neuer Vorwärts«, Beograd Nr. 51.695. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.